

Außerordentlicher Landesparteitag  
8. Juni 2013, Bad Hersfeld

**GERECHTIGKEIT MACHT  
STARK.**

**Beschlüsse**

HESSEN  
**SPD**

1. Antragsübersicht .....	1
2. Beschlüsse .....	12
2.1. Hessen will den Wechsel .....	12
2.2. Europa.....	15
Europa wieder auf Kurs bringen.....	15
Europas Weichen neu stellen: Krisendynamik aus Staatsschulden- und Bankenkrise durchbrechen .....	19
Für eine Jugend mit Zukunft in Europa! .....	21
Mehr direktdemokratische Elemente in der EU .....	22
Recht auf kommunale Selbstverwaltung schützen und Daseinsvorsorge sichern: Europaweite Liberalisierung der Trinkwasserversorgung verhindern!..	22
2.3. Wirtschaft und Arbeit .....	24
Mindestlohn an Realität anpassen - 9,50 .....	24
Wirksamer Schritt zum gesetzlichen Mindestlohn.....	25
Lohnobergrenze für Topverdiener .....	25
Arbeit und Zusammenhalt Für eine bessere Arbeitsmarktpolitik.....	26
Gesetzliche Mindestvergütung für Auszubildende .....	29
Einheitlichen Tarif (TVöD) für die sozialen Vereine .....	30
Unbeschränkter Kündigungsschutz für ArbeitnehmerInnen mit einer Betriebszugehörigkeit ab 20 Jahren .....	31
2.4. Familie.....	32
Nein zur Fernhalteprämie .....	32
Leichte Sprache .....	33
Ergebnisoffene Prüfung von Blutspendern .....	33
Zukunft des Universitätsklinikums .....	34
20 Jahre Tafeln in Deutschland sind genug - Armut darf sich nicht weiter etablieren sondern muss abgeschafft werden! .....	37
Streichung des Begriffs „sozial schwach“ aus dem sozialdemokratischen Sprachgebrauch .....	38
2.5. Energiepolitik.....	39
Vollständige Atomausstiegspolitik.....	39
Energiewende sozial gestalten .....	40
2.6. Wohnraumpolitik.....	45
Mietpreise.....	45
Gegen Privatisierung gemeinütziger Wohnungsbaugesellschaften in Hessen	47
2.7. Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz.....	47

Änderung der gültigen Gesetzgebung zum Flottenverbrauch .....	47
2.8.    Bildung und Wissenschaft .....	48
Bundesweite Schulstandards .....	48
2.9.    Steuern und Finanzen .....	49
2.10.   Integration .....	50
Kostenlose Integrationskurse für ausländische Mitbürger .....	50
2.11.   Kommunal- und Regionalpolitik.....	51
Sicherung der Gewerbesteuer als Einnahme für die Kommunen .....	51
2.12.   Innen und Recht.....	52
2.13.   Internationales.....	54
„Eine neue Weltordnung“: Land grabbing verhindern! .....	54
Transparenz und parlamentarische Kontrolle für eine restriktive Rüstungsexportpolitik.....	56
Für eine solidarische Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe! .....	57
2.14.   Parteiorganisation .....	61
Wahlprogramme in leichter Sprache .....	61
<b>3.    Überweisungen .....</b>	<b>62</b>
3.1.    Wirtschaft und Arbeit .....	62
Keine Äpfel, sondern Geld! .....	63
Lebenslügen in Deutschland - der 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.....	63
Änderung der Ladenöffnungszeiten .....	66
3.2.    Familie.....	66
Ergebnisoffene Prüfung von Blutspendern .....	67
Impulse für eine Akzeptanz fördernde Auseinandersetzung mit dem Thema Homosexualität auf dem Land setzen.....	67
Nein zur weiteren Privatisierung der Gesundheitsversorgung in(Süd)Hessen .	68
Zukunft der Alterssicherung .....	71
Keine staatliche Förderung der Riester- und Rüruprente .....	72
3.3.    Energiepolitik.....	73
Stoppt das Schlechtreden der Energiewende.....	73
Für die energet(h)ische Freiheit unserer Kommunen!.....	82
Keine Kartellbildung durch Öl- und Gaskonzerne!.....	82
Rohstoffe: Grundlage für Innovationen, Technikentwicklung und Wohlstand.	83
3.4.    Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz .....	84
Dichtigkeitsprüfung privater Abwasserkanäle.....	84
3.5.    Bildung und Wissenschaft .....	85

Aus der Finanzkrise lernen. Unseren Schülerinnen und Schülern notwendiges Wissen vermitteln!.....	86
Ausbildungssituation in den Landratsämtern .....	87
Gleiche Chancen für alle ! - Lernmittelgleichheit garantieren.....	88
3.6. Kommunal- und Regionalpolitik.....	92
Innerstädtischer Leerstand und Leerstand im ländlichen Raum.....	92
Verbindliche finanzielle Stärkung der regionalen Sozialplanung im ländlichen Raum.....	93
Prämie für Feuerwehrfusionen abschaffen.....	94
3.7. Innen und Recht.....	94
Legalisierung von Marihuana als Genussmittel.....	95
Neuregelung der Pensionsansprüche von Bundespräsidenten/Bundespräsidentinnen.....	95
Anti-Mobbing-Gesetz.....	96
3.8. Parteiorganisation .....	97
Die Internationale aufleben lassen!.....	97
SPD-Intranet .....	97
Mitgliederoffener Jourfix von Parteitag.....	98
4. Landesliste.....	99
5. Europaliste .....	106

# 1. Antragsübersicht

	<b>Antrags-bereich</b>	<b>Antragsteller</b>	<b>Überschrift</b>	<b>Beschluss</b>
A1	Europa	Landesverband Hessen	Europa wieder auf Kurs bringen	Beschlossen
A2	Europa	Bezirk Hessen-Süd	Europas Weichen neu stellen: Krisendynamik aus Staatsschulden- und Bankenkrise durchbrechen	Beschlossen
A3	Europa	Unterbezirk Odenwaldkreis (Bezirk Hessen-Süd)	Für eine Jugend mit Zukunft in Europa!	Beschlossen
A4	Europa	Bezirk Hessen-Nord	Mehr direktdemokratische Elemente in der EU	Beschlossen
A5	Europa	Bezirk Hessen-Nord	Regulierung der Finanzmärkte	Erledigt
A6	Europa	Unterbezirk Kassel- Land (Bezirk Hessen-Nord)  Bezirk Hessen-Nord	Recht auf kommunale Selbstverwaltung schützen und Daseinsvorsorge sichern: Europaweite Liberalisierung der Trink- wasserversorgung verhindern!	Beschlossen
B1	Wirtschaft und Arbeit	Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Süd	Mindestlohn an Realität anpassen - 9,50	Beschlossen
B2	Wirtschaft und Arbeit	Unterbezirk Marburg- Biedenkopf (Bezirk Hessen-Nord)	Wirksamer Schritt zum gesetzlichen Mindestlohn	Beschlossen
B3	Wirtschaft und Arbeit	Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Süd	Lohnobergrenze für Topverdiener	Beschlossen
B4	Wirtschaft und Arbeit	Unterbezirk Wetterau (Bezirk Hessen-Süd)	Arbeit und Zusammenhalt Für eine bessere Arbeitsmarktpolitik	Als Resolution beschlossen
B5	Wirtschaft und Arbeit	Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Süd	Gesetzliche Mindestvergütung für Auszubildende	Beschlossen
B6	Wirtschaft und Arbeit	Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord	Keine Äpfel, sondern Geld!	Überweisung
B7	Wirtschaft und Arbeit	Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Süd	Lebenslügen in Deutschland - der 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung	Überweisung

B8	Wirtschaft und Arbeit	Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord	Personalräte stärken!	Erledigt
B9	Wirtschaft und Arbeit	Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Süd	Kirchliches Arbeitsrecht abschaffen	Erledigt
B10	Wirtschaft und Arbeit	Bezirk Hessen-Süd	Einheitlichen Tarif (TVöD) für die sozialen Vereine	Beschlossen
B11	Wirtschaft und Arbeit	Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord	Minijobs abschaffen!	Erledigt
B12	Wirtschaft und Arbeit	Bezirk Hessen-Süd	Stärkere Regulierung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse	Erledigt
B13	Wirtschaft und Arbeit	Unterbezirk Kassel-Land (Bezirk Hessen-Nord)	Teilzeit- und Befristungsgesetz	Erledigt
B14	Wirtschaft und Arbeit	Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord	Unbeschränkter Kündigungsschutz für ArbeitnehmerInnen mit einer Betriebszugehörigkeit ab 20 Jahren	Beschlossen
B15	Wirtschaft und Arbeit	Unterbezirk Wetterau (Bezirk Hessen-Süd)	Änderung der Ladenöffnungszeiten	Überweisung
C1	Familie, Gleichstellung, Soziales und Gesundheit	Unterbezirk Groß-Gerau (Bezirk Hessen-Süd)	Einführung gebührenfreier Kindertagesplätze in den Kommunen und Städten sowie Ausweitung der Kostenbeteiligung durch das Land Hessen	Erledigt
C2	Familie, Gleichstellung, Soziales und Gesundheit	Bezirk Hessen-Nord	Kostenfreie Krippen- und Kindergartenplätze im Bundesland Hessen	Erledigt
C3	Familie, Gleichstellung, Soziales und Gesundheit	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)	Nein zur Fernhalteprämie	Beschlossen
C4	Familie, Gleichstellung, Soziales und Gesundheit	Bezirk Hessen-Süd	Leichte Sprache	Beschlossen
C5	Familie, Gleichstellung, Soziales und	AG SelbstAktiv Hessen-Nord	SPD-Politik für Menschen mit Behinderung in Hessen	Erledigt

	Gesundheit			
C6	Familie, Gleichstellung, Soziales und Gesundheit	Unterbezirk Offenbach-Kreis (Bezirk Hessen-Süd)	Besserer Gesundheitsschutz durch effektivere Lebensmittelsicherheit	Ablehnung
C7	Familie, Gleichstellung, Soziales und Gesundheit	Unterbezirk Kassel- Land (Bezirk Hessen-Nord)	Inklusion darf keine Frage der Kassenlage auf kommunaler Ebene sein	Erledigt
C8	Familie, Gleichstellung, Soziales und Gesundheit	Bezirk Hessen-Süd	Häftlinge und Homo-/bisexuelle Männer sind keine Risikogruppe	Als Resolution beschlossen
C9	Familie, Gleichstellung, Soziales und Gesundheit	Gründungskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Schwusos Hessen- Nord	Impulse für eine Akzeptanz fördernde Auseinandersetzung mit dem Thema Homosexualität auf dem Land setzen	Überweisung
C10	Familie, Gleichstellung, Soziales und Gesundheit	Unterbezirk Groß- Gerau (Bezirk Hessen-Süd)	Kreiskrankenhaus muss in öffentlicher Trägerschaft bleiben	Erledigt
C11	Familie, Gleichstellung, Soziales und Gesundheit	Bezirk Hessen-Süd	Faire Finanzierung für die Krankenhäuser	Erledigt
C12	Familie, Gleichstellung, Soziales und Gesundheit	Bezirk Hessen-Nord	Universitätsklinikum Gießen und Marburg	Erledigt
C13	Familie, Gleichstellung, Soziales und Gesundheit	Unterbezirk Marburg- Biedenkopf (Bezirk Hessen-Nord)	Zukunft des Universitätsklinikums	Beschlossen
C14	Familie, Gleichstellung, Soziales und Gesundheit	Bezirk Hessen-Süd	Nein zur weiteren Privatisierung der Gesundheitsversorgung in(Süd)Hessen	Überweisung
C15	Familie,	Unterbezirk Marburg-	Ausweitung Ausbildung Pflegekräfte	Erledigt



	Gleichstellung, Soziales und Gesundheit	Biedenkopf (Bezirk Hessen-Nord)		
C16	Familie, Gleichstellung, Soziales und Gesundheit	Unterbezirk Odenwaldkreis (Bezirk Hessen-Süd)	Zukunft der Alterssicherung	Überweisung
C17	Familie, Gleichstellung, Soziales und Gesundheit	Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Süd	Keine staatliche Förderung der Riester- und Rüruprente	Überweisung
C18	Familie, Gleichstellung, Soziales und Gesundheit	Unterbezirk Odenwaldkreis (Bezirk Hessen-Süd)	20 Jahre Tafeln - 7 Jahre in Erbach / Michelstadt sind genug - in Deutschland sind genug - Armut darf sich nicht weiter etablieren sondern muss abgeschafft werden!	Beschlossen
C19	Familie, Gleichstellung, Soziales und Gesundheit	Bezirk Hessen-Nord	Streichung des Begriffs „sozial schwach“ aus dem sozialdemokratischen Sprachgebrauch	Beschlossen
D1	Energiepolitik	Unterbezirk Marburg- Biedenkopf (Bezirk Hessen-Nord)	Vollständige Atomausstiegspolitik	Beschlossen
D2	Energiepolitik	Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord	Stoppt das Schlechtreden der Energiewende	Überweisung
D3	Energiepolitik	Unterbezirk Rheingau-Taunus (Bezirk Hessen-Süd)	Für die energet(h)ische Freiheit unserer Kommunen!	Überweisung
D4	Energiepolitik	Bezirk Hessen-Nord	Nordhessen: Motor der Energiewende	Beschlossen
D5	Energiepolitik	Bezirk Hessen-Nord Juso-Bezirkskonferenz	Energiewende - Chancen für Städte und Gemeinden	Erledigt
D6	Energiepolitik	Bezirk Hessen-Süd	Die rote Energiewende: Energieversorgung nachhaltig und sozial gestalten	Erledigt
D7	Energiepolitik	Bezirk Hessen-Süd	Energiewende zügig vorantreiben sowie demokratisch und sozial gestalten	Erledigt
D8	Energiepolitik	Bezirk Hessen-Süd	Eine konkrete Vision: die 100%-ige Energiewende vor Ort gerecht gestalten:	Erledigt

			Dezentral ist sozial.	
D9	Energiepolitik	Unterbezirksparteitag Kassel-Land	Keine Exploration sogenannter Schiefergasquellen	Erledigt
D10	Energiepolitik	Bezirk Hessen-Süd	Ablehnung der Fracking-Technologie in der Öl- und Gasförderung	Erledigt
D11	Energiepolitik	Bezirk Hessen-Süd	Keine Kartellbildung durch Öl- und Gaskonzerne!	Überweisung
D12	Energiepolitik	Bezirk Hessen-Süd	Keine Kohlemauer gegen die Energiewende	Erledigt
D13	Energiepolitik	Bezirk Hessen-Süd	Stoppt CCS: Die Erde ist kein CO2- Endlager!	Erledigt
D14	Energiepolitik	Unterbezirk Hersfeld- Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)	Rohstoffe: Grundlage für Innovationen, Technikentwicklung und Wohlstand	Überweisung
E1	Wohnraumpolitik	Unterbezirk Marburg- Biedenkopf (Bezirk Hessen-Nord)	Mietpreise	Beschlossen
E2	Wohnraumpolitik	Unterbezirk Hochtaunus (Bezirk Hessen-Süd)	Gegen Privatisierung gemeinütziger Wohnungsbaugesellschaften in Hessen	Beschlossen
E3	Wohnraumpolitik	Bezirk Hessen-Süd	Für ein hessisches Wohnungsbauförderungsgesetz	Erledigt
E4	Wohnraumpolitik	Bezirk Hessen-Süd	Mietwucher bekämpfen	Erledigt
E5	Wohnraumpolitik	Bezirk Hessen-Süd	Zweckentfremdungsverbot als ein Mittel zur Bekämpfung der Wohnungsnot nutzen	Erledigt
E6	Wohnraumpolitik	Unterbezirk Kassel- Land (Bezirk Hessen-Nord)	Wohnstadt darf nicht verkauft werden	Erledigt
E7	Wohnraumpolitik	Bezirk Hessen-Nord	Kein Verkauf der Nassauischen Heimstätte/Wohnstadt	Erledigt
F1	Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz	Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord	Änderung des Deutschen Berggesetzes von 1982	Erledigt
F2	Umwelt, Verkehr	Unterbezirk Groß-	Verantwortung für das Klima - Ja zur	Erledigt

	und Verbraucherschutz	Gerau (Bezirk Hessen-Süd)	Stärkung des ÖPNV und SPNV	
F3	Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz	Unterbezirk Kassel-Land (Bezirk Hessen-Nord)	NVV	Erledigt
F4	Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz	Bezirk Hessen-Nord	Novellierung des hessischen ÖPNV-Gesetzes; Erhalt des Nordhessischen Verkehrsverbundes	Erledigt
F5	Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz	Bezirk Hessen-Süd	Öffentlich & Privater Verkehr	Erledigt
F6	Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz	Unterbezirk Wetterau (Bezirk Hessen-Süd)	Änderung der gültigen Gesetzgebung zum Flottenverbrauch	Beschlossen
F7	Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz	Bezirk Hessen-Nord	Busse und Bahnen nicht ausbremsen!	Erledigt
F8	Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz	Unterbezirk Kassel-Land (Bezirk Hessen-Nord)	Dichtigkeitsprüfung privater Abwasserkanäle	Überweisung
F9	Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz	Bezirk Hessen-Süd	Eindämmung des Fluglärms im Rhein--Main-Gebiet	Erledigt
G1	Bildung und Wissenschaft	Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord	Bundesweite Schulstandards	Beschlossen
G2	Bildung und Wissenschaft	Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord	Abschaffung des konfessions- und bekenntnisorientierten Religionsunterrichts an hessischen Schulen	Ablehnung
G3	Bildung und Wissenschaft	Bezirk Hessen-Süd	G8/G9 - keine Verkürzung des gymnasialen Bildungsganges in der Mittelstufe!	Erledigt

G4	Bildung und Wissenschaft	Unterbezirk Wetterau (Bezirk Hessen-Süd)	Bildungsoffensive gegen Rechtsextremismus	Erledigt
G5	Bildung und Wissenschaft	Ortsverein Frankfurt Ginnheim (Bezirk Hessen-Süd)	Aus der Finanzkrise lernen. Unseren Schülerinnen und Schülern notwendiges Wissen vermitteln!	Überweisung
G6	Bildung und Wissenschaft	Unterbezirk Kassel- Land (Bezirk Hessen-Nord)	Ausbildungssituation in den Landratsämtern	Überweisung
G7	Bildung und Wissenschaft	Unterbezirk Hersfeld- Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)	Schulamt Bebra	Erledigt
G8	Bildung und Wissenschaft	Unterbezirk Kassel- Land (Bezirk Hessen-Nord)	Gleiche Chancen für alle ! - Lernmittelgleichheit garantieren	Überweisung
G9	Bildung und Wissenschaft	Unterbezirk Hersfeld- Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)	Inklusion umsetzen	Erledigt
G10	Bildung und Wissenschaft	Unterbezirk Hochtaunus (Bezirk Hessen-Süd)	Privatschulen überprüfen	Erledigt
G11	Bildung und Wissenschaft	Gründungskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Schwusos Hessen- Nord	Homosexualität muss in der Schule Unterrichtsthema werden	Erledigt
H1	Steuern und Finanzen	Bezirk Hessen-Nord	Transaktionssteuermodell	Erledigt
I1	Integration	Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Süd	Keine Diskriminierung vor den Diskotheken!	Erledigt
I2	Integration	Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord	Kostenlose Integrationskurse für ausländische Mitbürger	Beschlossen
J1	Kommunal- und Regionalpolitik	Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord	Kommunen stärken - kommunale Selbstbestimmung ermöglichen!	Erledigt
J2	Kommunal- und Regionalpolitik	Bezirk Hessen-Nord	Innerstädtischer Leerstand und Leerstand im ländlichen Raum	Überweisung

J3	Kommunal- und Regionalpolitik	Bezirk Hessen-Nord	Den ländlichen Raum gestalten - Klare Perspektiven für Nordhessen	Erledigt
J4	Kommunal- und Regionalpolitik	Bezirk Hessen-Nord	Verbindliche finanzielle Stärkung der regionalen Sozialplanung im ländlichen Raum	Überweisung
J5	Kommunal- und Regionalpolitik	Bezirk Hessen-Nord	Kommunen finanziell besser ausstatten	Erledigt
J6	Kommunal- und Regionalpolitik	Bezirk Hessen-Süd	Mit gerechter Lastenverteilung zu einem handlungsfähigen Staat - für Bildung, Ökologie und lebenswerte Städte	Erledigt
J7	Kommunal- und Regionalpolitik	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)	Ablehnung des „Kommunalen Rettungsschirms“	Erledigt
J8	Kommunal- und Regionalpolitik	Bezirk Hessen-Nord	Sicherung der Gewerbesteuer als Einnahme für die Kommunen	Beschlossen
J9	Kommunal- und Regionalpolitik	Unterbezirk Werra-Meißner (Bezirk Hessen-Nord)	Prämie für Feuerwehrfusionen abschaffen	Überweisung
J10	Kommunal- und Regionalpolitik	Stadtverband Dillenburg (Bezirk Hessen-Süd)	Mehr Demokratie in Gemeinden und Kreisen möglich machen.	Erledigt
K1	Innen und Recht	Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord	Legalisierung von Marihuana als Genussmittel	Überweisung
K2	Innen und Recht	Bezirk Hessen-Süd	Bürgerrechte stärken - den Rechtsstaat bewahren	Erledigt
K3	Innen und Recht	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)	Rassismus und Rechtsextremismus bekämpfen	Erledigt
K4	Innen und Recht	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)	42-Stunden-Woche in Hessen abschaffen	Erledigt
K5	Innen und Recht	Bezirk Hessen-Nord	Abschaffung des Verfassungsschutzes	Erledigt
K6	Innen und Recht	Unterbezirk Kassel-Land (Bezirk Hessen-Nord)	Neuregelung der Pensionsansprüche von Bundespräsidenten/Bundespräsidentinnen	Überweisung

K7	Innen und Recht	Unterbezirk Rheingau-Taunus (Bezirk Hessen-Süd)	Reform des Verfassungsschutz	Erledigt
K8	Innen und Recht	Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord	Anti-Mobbing-Gesetz	Überweisung
I1	Kultur-, Medien- und Netzpolitik	Bezirk Hessen-Süd	Breitbandversorgung im ländlichen Raum	Erledigt
I2	Kultur-, Medien- und Netzpolitik	Bezirk Hessen-Nord	Für ein barrierefreies Netz!	Erledigt
I3	Kultur-, Medien- und Netzpolitik	Bezirk Hessen-Nord	Ausbau der Hochgeschwindigkeits Telekommunikationsnetze - Netzpläne privater Betreiber in die öffentlich Hand!	Erledigt
M1	Internationales	Unterbezirk Rheingau-Taunus (Bezirk Hessen-Süd)	„Eine neue Weltordnung“: Land grabbing verhindern!	Beschlossen
M2	Internationales	Unterbezirk Wiesbaden (Bezirk Hessen-Süd)	Transparenz und parlamentarische Kontrolle für eine restriktive Rüstungsexportpolitik	Beschlossen
M3	Internationales	Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord	Für den Frieden und gegen Gewalt!	Erledigt
M4	Internationales	Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord	Für eine solidarische Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe!	Beschlossen
N1	Parteiorganisatio n	Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord	Mehr Basisdemokratie wagen!	Erledigt
N2	Parteiorganisatio n	Unterbezirk Odenwaldkreis (Bezirk Hessen-Süd)	Abschaffung des Juso Mitgliedsbeitrages	Nichtbefassun g
N3	Parteiorganisatio n	Unterbezirk Odenwaldkreis (Bezirk Hessen-Süd)  Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Süd	Die Internationale aufleben lassen!	Überweisung
N4	Parteiorganisatio n	Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Süd	Verbindliche Urwahl der*des Kanzlerkandidaten*in	Ablehnung
N5	Parteiorganisatio n	Juso-Bezirkskonferenz	Transparenz der Antragswerdegänge in	Erledigt

	n	Hessen-Nord	der SPD	
N6	Parteiorganisatio n	Bezirk Hessen-Süd	Wahlprogramme in leichter Sprache	Beschlossen
N7	Parteiorganisatio n	Unterbezirk Hersfeld- Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)	SPD-Intranet	Überweisung
N8	Parteiorganisatio n	Unterbezirk Hersfeld- Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)	Mitgliederoffener Jourfix von Parteitag	Überweisung
N9	Parteiorganisatio n	Unterbezirk Hochtaunus (Bezirk Hessen-Süd)	Partizipation und Effektivität der Arbeit der Arbeitsgemeinschaftenerhalten - kein Kahlschlag bei den Arbeitsstandards	Erledigt
IA1	Initiativantrag		SPD knackt CDU-Position Steuerstraf- täter zu schützen	Beschlossen
IA2	Initiativantrag	Jusos-Hessen	Plurale Ökonomik	Überweisung
IA3	Initiativantrag		Resolution: Solidarität mit der türkischen Protestbewegung	Als Resolution beschlossen
IA4	Initiativantrag	Landesvorstand	Verhältnismäßigkeit des Polizeieinsatzes bei der Blockupy-Demonstration in Frankfurt überprüfen	Als Resolution beschlossen





## 2. Beschlüsse

### 2.1. Hessen will den Wechsel

Antragsteller: Landesvorstand

Beschlossen als Resolution

#### I. Schwarzgelb ist gescheitert.

Vier Jahre steht schwarzgelb im Bund in der politischen Verantwortung. 14 Jahre regieren CDU und FDP in Hessen. Die Bilanz fällt verheerend aus. CDU und FDP haben keinerlei Antwort, wie die Spaltung unserer Gesellschaft überwunden und der soziale Zusammenhalt wieder gestärkt werden können.

**Über die Zukunft unserer Kinder entscheiden maßgeblich Herkunft und Geldbeutel der Eltern.** Nach wie vor sind Deutschlands und insbesondere Hessens Schulen nur Mittelmaß. Gegen den Willen der Eltern hält Hessen an G8 und Hauptschule fest. Etikettenschwindel betreibt die Landesregierung bei den Ganztagschulen. Durch das „KiföG“ werden jahrelange Versäumnisse bei der frühkindlichen Bildung und Betreuung verschleiert und deren Qualität verschlechtert. Die Hochschulmittel pro Studierendem sinken.

**Zu viele Beschäftigte bleiben von Wohlstand und wirtschaftlichem Erfolg ausgeschlossen.** Sieben Millionen Menschen arbeiten in Deutschland für weniger als 8,50 € pro Stunde. Gegen den ausufernden Niedriglohnsektor hat schwarzgelb jedoch außer Placebos nichts zu bieten - die CDU-„Lohnuntergrenze“ ermöglicht auch in Zukunft Dumpinglöhne. Mit der Kopfpauschale sollen insbesondere Geringverdiener die steigenden Kosten im Gesundheitssystem tragen. Die Beibehaltung der Zwei-Klassen-Medizin ist Programm der FDP. Der „Pflege-Bahr“ ist ein Rohrkrepiierer. Eine Frauenquote für Aufsichtsräte wird zunächst abgelehnt, dann widerwillig beschlossen und sofort danach auf den St.-Nimmerleinstag verschoben.

**Hessen ist in der Schuldenfalle gefangen.** Trotz stabiler Konjunkturdaten nimmt die Verschuldung Hessens und seiner Kommunen dramatisch zu. Die Landesschulden haben sich seit Regierungsübernahme der CDU im Jahr 1999 verdoppelt. Durch Klientelgeschenke und unsinnige Projekte werden Milliarden verschwendet - etwa beim Eurohawk, durch die „Herdprämie“, die Mövenpick-Steuer oder Verfahrensfehler bei der Biblis-Stilllegung.

Die CDU-Chefin macht Wahlversprechen in zweistelliger Milliardenhöhe, ohne zu sagen, wie sie finanziert werden sollen. Mehr Steuergerechtigkeit durch eine angemessene Beteiligung von großen Vermögen und Spitzenverdienern an den Zukunftsaufgaben lehnen Union und FDP entschieden ab.

**Angela Merkel stellt Europas Jugend ins Abseits.** Das historische Projekt der europäischen Einigung für Frieden, Freiheit und Solidarität ist in konkreter Gefahr. Die maßgeblich auf Drängen der Bundeskanzlerin durchgesetzte Kürzungspolitik führt zu sozialer Instabilität und untergräbt die Zukunftschancen junger Menschen. Fast sechs Millionen Jugendliche in der EU sind ohne Job und Perspektive, in Griechenland und Spanien jeder zweite.

## **II. Unser Land kann es besser.**

Jahrzehntelang galt unter sozialdemokratischer Führung unseres Landes "Hessen vorn"! Bei Wirtschaft und Arbeit, sozialer Gerechtigkeit, Bildung und soliden Staatsfinanzen war Hessen vorbildlich in ganz Deutschland. An diese stolze Tradition werden wir ab dem 22. September wieder anknüpfen.

Hessen braucht eine Regierung, die auf Dialog und Teilhabe statt auf die Arroganz der Macht setzt. Hessen braucht eine Regierung, die Politik nicht für sich selbst macht, für Hessen. Für alle. Mit Thorsten Schäfer-Gümbel bekommt Hessen einen Ministerpräsidenten, der das Land voranbringt, soziale Gerechtigkeit durchsetzt und die Gesellschaft wieder zusammenführt.

Gemeinsam mit einer SPD-geführten Bundesregierung und Peer Steinbrück als Bundeskanzler machen wir Deutschland und Hessen sozial gerechter, wirtschaftlich stärker und lebenswerter für alle Bürgerinnen und Bürger.

- Gemeinsam sorgen wir dafür, dass alle Kinder gleiche Chancen haben - unabhängig von Herkunft und Geldbeutel der Eltern.
- Gemeinsam verbessern wir die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wir schaffen die „Herdprämie“ und das "KiföG" ab und investieren in mehr und in bessere Kitas. Den G8-Murks werden wir beenden.
- Gemeinsam schaffen wir wieder Ordnung am Arbeitsmarkt: Wir begrenzen die Leiharbeit durch den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und führen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ein, von dem man anständig leben kann.
- Gemeinsam sorgen wir für eine Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen.
- Gemeinsam stehen wir ein für mehr Steuergerechtigkeit durch die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer, deren Ertrag in Bildung investiert wird.
- Gemeinsam bekämpfen wir Steuerflucht durch mehr Steuerfahnder und gehen entschieden gegen Steueroasen vor.
- Gemeinsam regulieren wir die Finanzmärkte, trennen das Spekulationsgeschäft von normalen Bankaktivitäten und ziehen die Zocker für die Kosten der von ihnen verursachten Finanzkrise heran.
- Gemeinsam unterstützen wir unsere europäischen Partner solidarisch in der Krise und helfen beim Kampf gegen die ausufernde Jugendarbeitslosigkeit.
- Gemeinsam sorgen wir für ein menschenwürdiges, selbstbestimmtes Leben im Alter.
- Gemeinsam sorgen wir für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen, damit diese endlich wieder die nötigen Mittel erhalten, um die grundgesetzlich garantierte kommunale Selbstverwaltung mit Leben füllen zu können.
- Gemeinsam sorgen wir für eine Mietpreislösung, investieren verstärkt in den sozialen Wohnungsbau und entlasten den Wohnungsmarkt - damit gutes Wohnen kein Luxus wird.

- Gemeinsam senken wir die Energiekosten durch eine verbraucherfreundliche Energiewende mit Stromerzeugung vor Ort.

**Wir wollen den Wechsel – nicht für uns, sondern für Hessen.**

## **2.2. Europa**

Antragsbereich A/ **Antrag 1**

*Antragsteller: Landesvorstand*

*Beschlossen*

**Europa wieder auf Kurs bringen**

- **Europa in der Krise.** Europa brennt: 25 Millionen Menschen waren 2012 ohne Arbeit. In Krisenländern wie Spanien oder Griechenland erreicht die Arbeitslosigkeit astronomische Höhen von über 25 Prozent. Die sozialen Sicherungssysteme erodieren: So verfügen 30 Prozent der Menschen in Griechenland über keine Krankenversicherung. Etwa jeder vierte Europäer ist von Armut bedroht. Ein wirtschaftlicher Ausweg aus dieser sozialen Misere ist nicht in Sicht. Im Verlauf dieses Jahres werden Prognosen zufolge 12 von 27 Volkswirtschaften stagnieren oder gar schrumpfen. Insgesamt wird Europas Wirtschaftskraft um lediglich 0,1 Prozent wachsen. In Spanien, Griechenland und Portugal findet eine regelrechte Deindustrialisierung der Wirtschaft statt. Das Wachstumsgefälle zwischen Nord und Süd nimmt zu.
- **Regierungen verschärfen die Krise.** Zwar war die Wirtschaft Europas bereits vor Ausbruch der Krise durch Strukturunterschiede gekennzeichnet. Doch die im Rahmen des Eurorettungsschirms und der EZB-Interventionsprogramme verordneten Sparauflagen haben die Krise massiv verschärft. Doch nicht nur das: Die Programme verfehlen auch ihr Ziel der Haushaltskonsolidierung. Insgesamt haben die EU-Staaten im Jahr 2012 über 500 Milliarden Euro neue Schulden gemacht. In den Krisenländern ist die Gesamt- oder Nettoneuverschuldung im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Die Sparpolitik der Troika hat nicht nur soziale Krisen hervorgerufen und Wachstum abgewürgt, sondern auch ihr eigentliches Ziel, die Haushaltskonsolidierung, verpasst. Das Kaputtsparen ohne Wachstumsanreize reißt ein gigantisches Schuldenloch – die unausbalancierte Sparpolitik ist auf ganzer Linie gescheitert. Was wir daher dringend benötigen ist ein wirtschaftspolitischer Kurswechsel, der Wachstum und Beschäftigung auf unserem Kontinent ankurbelt.
- **Wachstumsprogramm auflegen.** Die Staats- und Regierungschefs müssen deshalb endlich den im Rahmen der Verhandlungen rund um den Fiskalpakt beschlossenen Wachstumspakt umsetzen und ein konkretes Wachstumsprogramm für Europa auflegen. Das Hin und Her bei der Eurorettung zeigt, dass ein solches Programm nach der Gemeinschaftsmethode durchgeführt werden und damit der Kontrolle durch das Europäische Parlament als Ko-Gesetzgeber unterliegen muss. Das Programm sollte sich in seiner Größenordnung an historischen Beispielen orientieren und über die Dauer von fünf Jahren je 0,5 Prozent der jährlichen europäischen Wirtschaftskraft betragen, was in etwa dem Bundeshaushalt entspricht. Die Schwerpunkte des Programms müssen die Stärkung vor allem

kleiner und mittlerer Unternehmen, ein Sofortprogramm gegen die Jugendarbeitslosigkeit, den Ausbau unserer Infrastruktur, Hilfestellungen bei Unternehmensgründungen und die Förderung von beruflicher (Weiter)Bildung, Innovationen, Forschung und Entwicklung umfassen. Mittelfristig müssen wir in Europa über dieses Programm hinaus gemeinsame wirtschaftspolitische Regeln schaffen.

• **Mehr Demokratie wagen.** Eine vertiefte wirtschaftspolitische Integration Europas muss mit seiner Demokratisierung einhergehen. Einfach mehr Kompetenzen zur Kommissionsbürokratie nach Brüssel zu verlagern wird nicht funktionieren. Denn die Menschen haben es satt, dass europäische Politik undurchsichtig und ohne ihre Verantwortung gestaltet wird. Wollen wir ihr Zutrauen zurückgewinnen, so muss die Demokratie in Europa gestärkt werden. Das beinhaltet allen voran eine Kompetenzerweiterung für das Europäische Parlament, das seine unmittelbare Legitimation durch die europäische Bevölkerung erfährt. Hieraus muss sich dann eine stärker parlamentarisch legitimierte und kontrollierte Regierung in Form der Europäischen Kommission entwickeln. Das selbstherrliche, wirtschaftspolitisch desaströse und sozial unausgewogene Vorgehen konservativer Regierungschefs und Finanzminister muss demokratischer Kontrolle unterworfen werden. Wir Sozialdemokraten unterstützen die nationalen Parlamente in dieser Kontrollaufgabe. Regierungshandeln auf europäischer Ebene, insbesondere die unzulänglich legitimierte Verabredung von Regeln und Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik, muss aus der Grauzone des zwischenstaatlichen Handelns in die volle Mitentscheidung des Europäischen Parlamentes überführt werden. Nur so lässt sich Demokratie und soziale Ausgewogenheit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sicherstellen.

• **Neues Sozialmodell.** Eine Stärkung des Europäischen Parlaments wird Fragen der Gerechtigkeit stärker in den Fokus der EU rücken. Und das ist auch bitter nötig: Die soziale Spaltung in Europa nimmt zu und sicher geglaubte Errungenschaften stehen zusehends auf dem Spiel. Deshalb brauchen wir eine Erneuerung unseres Sozialmodells auf europäischer Ebene: Es gilt für einen sozialen Stabilitätspakt, eine soziale Fortschrittsklausel, eine Europäisierung der Tarifpolitik und eine stärker europäisch koordinierte Steuerpolitik zu streiten.

• **Europäisierung der Lohnpolitik.** Wir wollen eine Europäisierung der Lohnpolitik, die von den Gewerkschaften getragen wird und allen voran Sache der Sozialpartner ist. Daher begrüßen wir den Beschluss des europäischen Dachverbandes der Industriegewerkschaften industriALL, sich an einer gemeinsamen Lohnkoordinierungsformel zu orientieren und Tarifsteigerungen anzustreben, die

75 mindestens die Inflationsrate ausgleichen und sich an der Produktivitätssteigerung  
orientieren. Vorstöße, die eine von der Politik gesteuerte Lohn- und Tarifpolitik für  
Europa fordern, lehnen wir ab. Vielmehr muss Politik in jenen Bereichen  
80 intervenieren, wo Ausbeutung von Beschäftigten gang und gäbe ist. Daher fordern  
wir mittelfristig die Einführung eines europäischen Mindestlohnes, der sich am  
nationalen Durchschnittslohn des jeweiligen Mitgliedslandes orientiert und zu  
Beginn mindestens 60 Prozent des Durchschnittslohnes betragen sollte.

• Sozialen Stabilitätspakt einführen. Wir müssen in Europa den Grundstein für eine  
gemeinsame Sozialstaatlichkeit legen. Dabei darf es nicht um Gleichmacherei  
85 gehen, sondern um die Schaffung eines gemeinsamen Rahmens und eines  
eindeutigen Kompasses für die Fortsetzung des europäischen Projekts. Dazu  
gehören: Konkrete EU-Gesetzgebung in Fragen von Wirtschaft und Beschäftigung,  
die primärrechtliche Verankerung einer sozialen Fortschrittsklausel zur Stärkung der  
sozialen Grundrechte gegenüber den Binnenmarktfreiheiten und nicht zuletzt der  
90 sofortige Kampf gegen die eskalierende Jugendarbeitslosigkeit. Statt einer  
Mogelpackung muss ein effektiv ausgestatteter Pakt zur Qualifizierung und  
Beschäftigung der Jugend Europas geschlossen werden, der jeder und jedem  
Jugendlichen einen Einstieg in das Berufsleben garantiert. Verbindliche Regeln  
sollen dafür sorgen, dass dies von den Mitgliedstaaten mit konkreten Zielvorgaben  
umgesetzt wird. Das Europäische Parlament auf EU-Ebene wie die nationalen  
95 Parlamente in den Mitgliedstaaten müssen hierüber mitentscheiden.

• Steuerpolitik europäisieren. Jedes Jahr gehen in Europa 1.000 Milliarden Euro durch  
Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung verloren. Wollen wir dies  
100 künftig verhindern, müssen wir um eine Trockenlegung von Steueroasen und die  
Einführung einer europäischen Körperschaftssteuer kämpfen. Letztere muss zwei  
Ziele verwirklichen: Zum einen die Beseitigung des Flickenteppichs aus 27  
verschiedenen, nationalen Steuersystemen sowie Vereinheitlichung der  
Steuerbemessungsgrundlagen und zum anderen die Einführung von  
105 Mindeststeuersätzen. Außerdem müssen wir in Europa Steuerhinterziehung  
koordiniert und systematisch bekämpfen. Mittelfristig müssen wir in Europa das  
einführen, was bisher an den Mehrheitsverhältnissen scheitert: Ein europäischer  
Informationsaustausch über in der EU sowie im Nicht-EU-Ausland getätigte  
Geldanlagen. Nur so können schwarze Kassen im Ausland aufgedeckt und  
110 Steuergerechtigkeit verwirklicht werden.

• Unser Europa. In den kommenden Jahren gilt es die Krise als Chance für eine

grundlegende Reform Europas zu nutzen. Ein Europa mit gemeinsamer Wirtschaftspolitik, das demokratischer und sozialer wird. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen für die Verwirklichung dieser Ziele kämpfen.

Antragsbereich A/ **Antrag 2**

*Antragsteller: Bezirk Hessen-Süd*

*Empfänger:*

*SPD-Bundestagsfraktion*

*Beschlossen*

**Europas Weichen neu stellen: Krisendynamik aus Staatsschulden- und Bankenkrise durchbrechen**



## 1. Europas Stärken nutzen

### Europa in der Welt

5 Die Europäische Union steht vor der vielleicht größten Herausforderung ihrer  
Geschichte. Ihr Friedensprojekt droht an der Finanz- und Staatsschuldenkrise zu  
scheitern. Denn ein Auseinanderbrechen der Eurozone würde Europa als Ganzes in  
Frage stellen. Daher ist es allerhöchste Zeit zu handeln. Dabei gilt es sich an den  
10 Stärken Europas zu orientieren: Sein Alleinstellungsmerkmal besteht darin, in seiner  
Wirtschaftsordnung Demokratie, Gerechtigkeit, Wachstum und Nachhaltigkeit weltweit  
am besten auszubalancieren. Auf diese Stärken muss sich Europa auch bei der  
Überwindung der derzeitigen Krise verlassen. Doch Europa besinnt sich derzeit viel zu  
wenig hierauf. Vielmehr scheint der Erfolg politischer Entscheidungen nicht mehr an  
15 ihrer Passförmigkeit, ihres demokratischen Zustandekommens, einer gerechten  
Verteilung von Krisenkosten oder ihrer Nachhaltigkeit fest gemacht zu werden,  
sondern vielmehr daran, ob das kurzfristige Wohlgefallen der Finanzmärkte geweckt  
wird.

### Deutschland in Europa

20 Vor allem deutsche Konservative sowie Liberale schwanken zwischen europäischer  
Einsicht und nationalem Ressentiment, statt klare Bekenntnisse für Europa abzugeben.  
Dabei stellen sie immer wieder gerne das Bild von Deutschland als Zahlmeister der  
Krise. Tatsächlich jedoch konnte unser Land Schätzungen zufolge in den vergangenen  
dreieinhalb Jahren krisenbedingt knapp 70 Milliarden Euro an Refinanzierungskosten  
25 einsparen, weil eine zunehmende Anzahl von Investoren deutsche Staatsanleihen zur  
Risikoabsicherung kauft. Zugleich schulden die Staaten der Eurozone deutschen  
Banken, Unternehmen, Privatpersonen und der öffentlichen Hand insgesamt knapp  
2.800 Milliarden Euro – also mehr als die jährliche Wirtschaftskraft Deutschlands. Diese  
Entwicklung belegt auch die wirtschaftlichen Vorteile, die Deutschland aus der  
30 europäischen Integration zieht. Ein Auseinanderbrechen der Eurozone hätte  
dementsprechend unüberschaubare Folgen für die deutsche Wirtschaft und  
Bevölkerung.

Antragsbereich A/ **Antrag 3**

*Antragsteller: Unterbezirk Odenwaldkreis  
(Bezirk Hessen-Süd)*

*Empfänger:  
SPD-Landesparteitag Hessen*

*Beschlossen*

## **Für eine Jugend mit Zukunft in Europa!**

Der Landesparteitag der SPD möge beschließen:

Die SPD setzt sich aktiv für ein Jugendförderungspaket in den Mitgliedsstaaten der europäischen Union ein. Explizit seien hier Staaten mit besonderem Förderbedarf genannt, wie z.B. Griechenland, Spanien und Italien.

5 Eckdaten des Förderpakets sollten sein: Aus- und Weiterbildung, geeignete Fördermaßnahmen für arbeitslose Jugendliche, grenzübergreifende Aus-, Weiterbildungs-, und Arbeitsvermittlung mit Finanzierung von Sprachkursen und Hilfe bei Anpassung an neue Lebensverhältnisse.

10 Statt für reinen Sparkurs setzen wir uns für einen neuen Marshallplan zur Ankurbelung der europäischen Wirtschaft, explizit der Wirtschaft von oben genannten „Krisenstaaten“ ein.

Vor diesem Hintergrund verurteilt die SPD, die geplanten Kürzungen im Haushalt der EU aufs schärfste. Nachhaltigkeit und Zukunft müssen anders gestaltet werden.

Antragsbereich A/ **Antrag 4**

*Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord*

*Empfänger:  
SPD-Bundesparteitag  
SPD-Bundestagsfraktion  
SPD-Fraktion im Europäischen Parlament  
SPD-Landesparteitag Hessen*

*Beschlossen*

## **Mehr direktdemokratische Elemente in der EU**

Die SPD-Bundestagsfraktion, der SPD-Parteivorstand und die Fraktion der Sozialdemokraten im Europaparlament werden aufgefordert, sich für mehr direktdemokratische (plebiszitäre) Elemente in der Europäischen Union einzusetzen. Ziel muss die Verbesserung der Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger sein, sich inhaltlich stärker beteiligen zu können.

Antragsbereich A/ **Antrag 6**

*Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Land  
(Bezirk Hessen-Nord)*

*Bezirk Hessen-Nord*

*Empfänger:*

*SPD-Bundestagsfraktion*

*SPD-Fraktion im Europäischen Parlament*

*SPD-Landesparteitag Hessen*

*SPD-Landtagsfraktion*

*Beschlossen*

## **Recht auf kommunale Selbstverwaltung schützen und Daseinsvorsorge sichern: Europaweite Liberalisierung der Trinkwasserversorgung verhindern!**

1. Viele Kommunen sind bestrebt, effiziente, kundenorientierte und wettbewerbsfähige kommunale Unternehmen zu betreiben. Das sollte die Europäische Kommission als Leistung für den Binnenmarkt und Beitrag zum

Gemeinwohl gleichermaßen anerkennen und nicht kaputt machen!

- 5 2. Wir fordern, das Recht auf kommunale Selbstverwaltung zu schützen, die kommunale Daseinsvorsorge zu sichern und eine europaweite Liberalisierung der Trinkwasserversorgung zu verhindern!
3. Die Europäische Kommission versucht mit ihrer Richtlinie zur Konzessionsvergabe eine Liberalisierung der Trinkwasserversorgung durch die Hintertür voranzutreiben. Dieses Bestreben muss durch ein entschlossenes Handeln auf allen Ebenen – in den Gemeinden, im Land, im Bund und im Europäischen Parlament – verhindert werden!
- 10 4. Wir lehnen deshalb den Richtlinienentwurf der Europäischen Kommission über die Konzessionsvergabe entschieden ab! Insbesondere eine Ausschreibungspflicht für Dienstleistungskonzessionen lehnen wir ab! Europa braucht nicht mehr, sondern weniger Bürokratie!
- 15 5. Wir fordern die Abgeordneten des Hessischen Landtages, des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments auf, sich gegen eine Ausschreibungspflicht für Dienstleistungskonzessionen auszusprechen und den Richtlinienentwurf der Kommission abzulehnen!
- 20 6. Wir fordern die Landesregierung und die Bundesregierung auf, auf europäischer Ebene im Ausschuss der Regionen und im Rat der Europäischen Union den Richtlinienentwurf der Kommission abzulehnen sowie die kommunale Selbstverwaltung und die Trinkwasserversorgung in ihren bestehenden Strukturen zu schützen!
- 25 7. Sollte es aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in der EU nicht möglich sein, die Konzessionsrichtlinie zu stoppen, fordern wir alle oben genannten Entscheidungsträger auf, die Wasserwirtschaft vom Anwendungsbereich der Richtlinie auszunehmen!

## **2.3. Wirtschaft und Arbeit**

Antragsbereich B/ **Antrag 1**

*Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Süd*

*Empfänger:*

*SPD-Bundesparteitag*

*SPD-Landesparteitag Hessen*

*Beschlossen*

### **Mindestlohn an Realität anpassen - 9,50**

Die SPD Hessen tritt für die Einführung und Durchsetzung eines dynamischen Mindestlohns von mindestens 8,50 Euro ein, dessen Höhe danach von einer unabhängigen Kommission aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Wissenschaftlern stetig dem Bedarf angepasst wird.

Antragsbereich B/ **Antrag 2**

*Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf  
(Bezirk Hessen-Nord)*

*Empfänger:*

*SPD-Landesparteitag Hessen*

*SPD-Landtagsfraktion*

*Beschlossen*

## **Wirksamer Schritt zum gesetzlichen Mindestlohn**

Der Landesparteitag wolle beschließen:

Antrag:

- 5 Wir fordern die SPD in Bund und Land einschließlich der Fraktionen auf, sich als Schritt zur Verwirklichung des seit Jahren geforderten gesetzlichen Mindestlohns dafür einzusetzen, dass die Sozialbehörden wie Arbeitsagenturen oder KJCn keinen Sanktionsdruck mehr auf AntragstellerInnen ausüben, Beschäftigungen annehmen zu müssen, deren Bezahlung unter den von DGB und SPD geforderten 8 Euro 50 pro Stunde liegt.

Antragsbereich B/ **Antrag 3**

*Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Süd*

*Empfänger:*

*SPD-Landesparteitag Hessen*

*Beschlossen*

## **Lohnobergrenze für Topverdiener**

Die hessische SPD fordert die Einführung einer Lohnobergrenze.

Antragsbereich B/ **Antrag 4**

*Antragsteller: Unterbezirk Wetterau  
(Bezirk Hessen-Süd)*

*Empfänger:  
SPD-Bundesparteitag  
SPD-Landesparteitag Hessen*

*Beschlossen als Resolution*

## **Arbeit und Zusammenhalt Für eine bessere Arbeitsmarktpolitik**

Wir setzen uns für eine bessere Arbeitsmarktpolitik ein, die allen Menschen in den verschiedenen Phasen ihres Lebens beste Chancen und verlässliche Sicherheit bietet. Konkret fordern wir:

### 5 **Gute Bildung als Grundstein**

Wir wollen eine Bildungspolitik, die kein Kind mehr zurücklässt, konsequent die Zahl der Schulabgänger/innen ohne Abschluss verringert und allen Kindern - unabhängig vom sozialen Hintergrund - möglichst hohe Bildungsabschlüsse ermöglicht. Denn gute Schulbildung ist der Grundstein für gute berufliche Perspektiven.

10

### **Perspektiven für junge Menschen**

Junge Menschen müssen überproportional häufig in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, sind oft in Zeit- und Leiharbeit oder befristeten Beschäftigungsverhältnissen. Um jungen Menschen mehr Sicherheit zurückzugeben, wollen wir eine Begrenzung der Zeit- und Leiharbeit, von Befristungen und Werksverträgen. Außerdem wollen wir allen jungen Menschen einen kostenlosen Studienplatz, eine betriebliche, überbetriebliche oder öffentlich geförderte Ausbildung garantieren.

20

## **„Normalarbeitsverhältnis“ als Regel**

Wir wollen, dass das sogenannte Normalarbeitsverhältnis die Regel bleibt. Auch hier gilt es, das Ausufern von Zeit- und Leiharbeit zu begrenzen und die Befristung von Arbeitsverhältnissen zurückzudrängen, etwa indem wir sachgrundlose Befristung abschaffen. Der Staat muss hier mit gutem Beispiel vorangehen, indem er dort, wo er selbst Arbeitgeber ist (Schulen, Universitäten etc.), prekären Arbeitsverhältnissen (Kettenbefristungen, Zwangsteilzeit etc.) Einhaltung gebietet.

## **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Wir wollen die Voraussetzung für eine echte Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit schaffen. Dazu ist eine qualitativ hochwertige, flächendeckende, erschwingliche und an die Bedürfnisse der Eltern angepasste Kinderbetreuung notwendig. Dies als gesamtgesellschaftliche Aufgabe sicherzustellen, erfordert das Engagement aller politischen Ebenen. Deshalb ist es notwendig, dass Bund und Länder ihrer Verantwortung gegenüber den Kommunen gerecht werden und eine auskömmliche Finanzierung der Kinderbetreuung sicherstellen.

Außerdem wollen wir den Wechsel zwischen Vollzeit- auf Teilzeitarbeit vereinfachen, damit Arbeitnehmer/innen ihre Arbeitszeit besser an sich verändernde familiäre Situationen anpassen können. Dies schließt auch einen Rechtsanspruch auf Wiedereinstieg in Vollzeit nach einer Phase der Teilzeitbeschäftigung ein.

## **Mindestlohn und Equal Pay: Gutes Geld für gute Arbeit**

Wer ganztags arbeitet, muss von seinem bzw. ihrem Lohn auch leben können. Daher fordern wir die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und fördern die Vereinbarung von darüberhinausgehenden branchenspezifischen Mindestlohnabkommen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, die durch die Bundesregierung für allgemeinverbindlich erklärt werden müssen. Im Bereich der Leih- und Zeitarbeit muss nach der Einarbeitungszeit gelten: gleicher Lohn für gleiche Arbeit (equal pay)!

## **Gleichberechtigung auch auf dem Arbeitsmarkt**

Wir wollen die geschlechterspezifische Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt abbauen. Mit einem Entgeltgleichheitsgesetz wollen wir die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen unterbinden. Mit einer verbindlichen Frauenquote in den Vorständen und Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen wollen wir die Gleichberechtigung in den



Führungsetagen der deutschen Wirtschaft vorantreiben.

## 60 **Bessere Qualifizierung und Vermittlung**

Der Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt und der demographische Wandel bieten die Chance, Vollbeschäftigung zu erreichen. Um allen Menschen – auch Langzeitarbeitslosen oder Geringqualifizierten - neue Perspektiven auf Arbeit zu eröffnen, müssen wir gerade jetzt verstärkt in Weiterbildung, Berufsqualifizierung und

65 Arbeitsvermittlung investieren. Der Bundesagentur für Arbeit sowie den Jobcentern und den in ihnen vertretenen Kommunen müssen ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um nachhaltige, hochwertige, integrierte sowie am lokalen Arbeitsmarkt und den Bedürfnissen der einzelnen Arbeitssuchenden ausgerichtete Qualifizierungs- und

70 Hilfemaßnahmen finanzieren zu können. Auch Langzeitarbeitslosen mit besonderen „Vermittlungshemmnissen“ wollen wir neue Perspektiven ermöglichen, indem öffentlich geförderte, unbefristete und sozialversicherungspflichtige Arbeitsangebote in Trägerschaft der Kommunen oder der lokalen Jobcenter fallen und die bisherigen „Ein-Euro-Jobs“ ersetzen. Diese Arbeitsangebote sind maßgeblich durch den Bund, das

75 Land und die Bundesagentur für Arbeit zu finanzieren. Die Arbeitslosenversicherung selbst wollen wir zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln, die nicht nur Arbeitssuchende absichert, sondern in Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern lebenslanges Lernen und berufsbegleitende Weiterqualifizierung für alle Arbeitnehmer/innen fördert und somit berufliche Aufstiegschancen und die soziale

80 Mobilität fördert.

## **Soziale Sicherheit auf breiten Schultern**

Soziale Absicherung von Arbeitsverhältnissen ist wichtig, darf aber nicht auf diese beschränkt sein. Daher wollen wir mit der Bürgerversicherung allen Menschen in

85 Deutschland soziale Sicherheit geben. Dazu wollen wir neben den auf den Löhnen basierenden Sozialversicherungsbeiträgen auch andere Einkommensarten (z.B. Kapitaleinkünfte) heranziehen. Zudem müssen wir die sozialen Sicherungssysteme an die neuen Arbeitsmarktbedingungen anpassen, damit auch Menschen mit unsicheren und unterbrochenen Erwerbsbiographien gut abgesichert sind.

## 90 **Soziale Sicherheit auch nach dem Arbeitsleben**

Wir wollen, dass alle Menschen im Alter ein sicheres Auskommen haben. Dazu ist es besonders notwendig, Geringverdiener/innen für das Alter besser abzusichern, indem etwa die Anrechnung von Phasen der Arbeitslosigkeit oder mit geringem Verdienst

95 verbessert wird. Zu dieser verbesserten Absicherung gehört für uns auch eine  
Mindestrente, die nicht (wie von schwarz-gelb geplant) an quasi unerfüllbare  
Anforderungen wie eine zusätzliche private Rentenversicherung gekoppelt werden  
darf. Außerdem streben wir eine Einbeziehung aller Erwerbstätigen (auch der  
Selbstständigen) in die gesetzliche Rentenversicherung an, um Altersarmut und eine  
100 Belastung der öffentlichen Kassen ohne entsprechende Beitragszahlungen zu  
vermeiden.

Die Erhöhung des regulären Renteneintrittsalters auf 67 Jahre wollen wir aussetzen, bis  
sich die Arbeitsmarktchancen älterer Arbeitnehmer/innen merklich verbessert haben.  
105 Denn eine Erhöhung des Rentenalters ohne realistische Chancen auf Beschäftigung bis  
zu dieser Altersgrenze kommt faktisch einer Rentenkürzung gleich.

Darüber hinaus wollen wir den Übergang vom Erwerbsleben zur Rente flexibler  
gestalten. Instrumente hierzu können reduzierte Arbeitszeiten (Teilzeit) in Kombination  
mit einer Teilrente sein. Mit einer Reform der Erwerbsminderungsrente müssen wir  
110 sicherstellen, dass Erwerbsunfähigkeit vor Erreichen des regulären Renteneintrittsalters  
(etwa durch Unfälle oder aufgrund besonders belastender Arbeitsbedingungen) nicht  
Armut und sozialen Abstieg bedeutet.

115

Antragsbereich B/ **Antrag 5**

*Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Süd*

*Empfänger:*

*SPD-Bundesparteitag*

*SPD-Landesparteitag Hessen*

*Beschlossen*

## **Gesetzliche Mindestvergütung für Auszubildende**

**Der Parteitag möge beschließen:**

**Wir fordern:**

5 (1) Unsere Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn wird um die Komponente „Mindestvergütung für Auszubildende“ erweitert und es wird darauf hingewirkt, die gesetzliche Mindestausbildungsvergütung durchzusetzen.

10 (2) Die Mindestausbildungsvergütung wird jährlich mindestens um die Inflationsrate erhöht.

Antragsbereich B/ **Antrag 10**

*Antragsteller: Bezirk Hessen-Süd*

*Beschlossen*

## **Einheitlichen Tarif (TVöD) für die sozialen Vereine**

Einheitlicher Tarif für den Sozialsektor

5 1. Die SPD unterstützt den Kampf der Beschäftigten im Sozial-, Pflege und Gesundheitssektor für einen einheitlichen Tarifvertrag und respektiert die Autonomie der Tarifpartner.

10 2. Die hessische SPD setzt sich dafür ein, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, mit denen ein Flächentarif für den Sozial-, Pflege und Gesundheitssektor in Hessen für allgemeinverbindlich erklärt werden kann.

Antragsbereich B/ **Antrag 14**

*Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord*

*Empfänger:*

*SPD-Bundesparteitag*

*SPD-Bundestagsfraktion*

*Beschlossen*

## **Unbeschränkter Kündigungsschutz für ArbeitnehmerInnen mit einer Betriebszugehörigkeit ab 20 Jahren**

Wir setzen uns für einen verbesserten Kündigungsschutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein, die eine lange Betriebszugehörigkeit aufweisen können.

## **2.4. Familie**

Antragsbereich C/ **Antrag 3**

*Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg  
(Bezirk Hessen-Nord)*

*Empfänger:*

*SPD-Bundestagsfraktion*

*SPD-Landesparteitag Hessen*

*SPD-Landtagsfraktion*

*Beschlossen*

### **Nein zur Fernhalteprämie**

Die hessische SPD spricht sich ausdrücklich gegen die Einführung des von der CDU/CSU/FDP Regierung geplanten Betreuungsgeldes aus. Vielmehr fordern wir die

dafür eingeplanten Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze einzusetzen.

Antragsbereich C/ **Antrag 4**

*Antragsteller: Bezirk Hessen-Süd*

*Empfänger:*

*SPD-Bundestagsfraktion*

*SPD-Landtagsfraktion*

*Beschlossen*

## **Leichte Sprache**

5 Öffentliche Verwaltungen werden dazu aufgefordert, öffentlich abrufbare Dokumente zukünftig auch in der „leichten Sprache“ zu veröffentlichen.

Antragsbereich C/ **Antrag 8**

*Antragsteller: Bezirk Hessen-Süd*

*Beschlossen als Resolution*

## **Ergebnisoffene Prüfung von Blutspendern**

Wir fordern, die Richtlinien der Bundesärztekammer zur Gewinnung von Blutprodukten dahingehend zu ändern, dass zukünftig die Blutproben aller Spender/innen ergebnisoffen dahingehend geprüft werden, ob sie als Blutspender/in geeignet sind.

5 Das diagnostische Fenster von rund vier Wochen, in dem ein evtl. HI-Virus nach Ansteckung im Blut noch nicht nachgewiesen, aber bei einer Spende übertragen werden könnte, soll dabei berücksichtigt werden. Die pauschale und diskriminierende Einteilung in sogenannte Risikogruppen wie Häftlinge sowie homo- und bisexuelle Männer lehnen wir ab.

Antragsbereich C/ **Antrag 13**

*Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf  
(Bezirk Hessen-Nord)*

*Empfänger:*

*SPD-Landesparteitag Hessen*

*SPD-Landesvorstand*

*SPD-Landtagsfraktion*

*Beschlossen*

## **Zukunft des Universitätsklinikums**

Der Landesparteitag wolle beschließen:

- 5 1. Der Parteitag stellt fest, dass die Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg die falsche Entscheidung war und gescheitert ist. Alle Befürchtungen und Prognosen der Sozialdemokratie sind eingetreten, insbesondere
- ein erheblicher und gefährlicher Personalabbau
  - eine Gefährdung von Forschung und Lehre, wie die Senate und medizinischen Fachbereiche festgestellt haben,
  - 10 • die drohende Gefährdung der medizinischen Versorgung, weil angesichts der Herausforderungen des demographischen Wandels und des drohenden Ärztemangels eine ausreichende Zahl von Medizinstudienplätzen unverzichtbar ist.
  - wesentliche, vergaberelevante Vertragsbestandteile, wie der Betrieb der

15 Partikeltherapieanlage oder der dauerhafte Verzicht auf Investitionsmittel aus  
Steuergeldern nicht eingehalten wurden

20 2. Der Parteitag stellt fest, dass die Landesregierung unter Roland Koch und Volker  
Bouffier außerordentlich schlechte Verträge ausgehandelt hat, die der  
Mitverantwortung des Landes für Versorgung, Forschung und Lehre in keiner Weise  
gerecht werden. Das beschädigte Verhältnis zwischen Landesregierung und Rhön-AG  
ist auch ein Ergebnis der schlecht verhandelten Verträge. Selbst die unzureichenden  
Möglichkeiten des Vertrags u.a. zur Rechtsaufsicht wurden von der Landesregierung  
sträflich vernachlässigt. Die Landesregierung trägt damit die politische Verantwortung  
25 für die schwierige Lage am UKGM.

30 3. Der Parteitag stellt fest: Der Ministerpräsident hat wiederholt sein Wort gebrochen.  
Alle Versprechungen von CDU und FDP, insbesondere das wiederholt vom  
Ministerpräsidenten versprochene Moratorium beim Personalabbau, sind nicht  
eingehalten worden. Berichte zur Untersuchung durch die Unternehmensberatung  
McKinsey zeigen, dass das Konzept auch ökonomisch gescheitert ist. Weitere  
Verschlechterungen, Personalabbau und Arbeitsverdichtung sind zu erwarten. Wir  
haben kein Vertrauen in das erneut angekündigte Moratorium beim Stellenabbau bis  
kurz nach der Landtagswahl. Erneut läßt die Landesregierung Beschäftigte und  
Patienten im Stich.  
35

40 4. Der Parteitag stellt fest, dass die neue Vereinbarung zwischen der Landesregierung  
und der Rhön Klinikum AG bereits jetzt gebrochen wurde. Denn versprochen waren  
Neuregelungen und Nachverhandlungen, die bis zum 1. Mai abgeschlossen sein  
sollten – darunter auch das Moratorium beim Stellenabbau. Der Parteitag stellt fest,  
dass mit der genannten Vereinbarung eine private Fehlkalkulation durch Steuergelder  
ohne substantielle Vertragsänderungen ausgeglichen werden sollen. Mit den  
geplanten öffentlichen Mitteln hätten die erforderlichen Investitionen von Anfang an  
öffentlich finanziert und das Klinikum in Landesbesitz bleiben können.

45 5. Der Parteitag bedankt sich bei den zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern, Initiativen  
sowie dem von einer Bürgerin initiierten Bündnis „Rettet das Uniklinikum“ sowie den  
Initiatoren des Marburger Montagsgebets für ihr Engagement und ihren praktischen  
Bürgersinn in dieser Frage. Ohne die Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger wäre die  
Diskussion zur Zukunft des Uniklinikums nicht so weit, wie sie ist.

50 6. Der Parteitag stellt fest: Die SPD hat sich von Anfang an um Alternativvorschläge  
gekümmert, um ein Gegenmodell zur Privatisierung anzubieten. Dazu wurden auch



schon 2005 Finanzierungsalternativen für die notwendigen Investitionen vorgeschlagen, z. B. eine Finanzierung aus Landesmitteln, ein Bürgerfond, eine Public-Private-Partnership nur zur Baufinanzierung, ein Genossenschaftsmodell u. s. w.  
55 Zahlreiche entsprechende Gespräche wurden geführt, scheiterten aber am Fehlen jeglicher Diskussionsbereitschaft der CDU geführten Landesregierung, auch nur eine Bürgschaft für das Klinikum zu übernehmen.

7. Oberstes Ziel muss sein, neben einer optimalen Patientenversorgung die  
60 Zukunftsfähigkeit der Universitätsmedizin in Mittelhessen weiter zu stärken und die zentrale Rolle, die die Hochschulmedizin auch für die gesundheitliche Versorgung in Hessen insgesamt einnehmen kann, auszubauen. Forschung, Lehre und Krankenversorgung sind nicht zu trennen. Wissenschaftliche Exzellenz, hochrangige klinische Kompetenz, erstklassige Ausbildung von Medizinstudentinnen und -  
65 studenten und die Zentralfunktion in der ärztlichen Weiterbildung bilden die Ankerpunkte dieses Anspruches. Die Vernetzung in der regionalen Gesundheitsversorgung ist ebenso zu beachten wie die nationale und internationale Reputation.

8. Der Parteitag fordert alle Sozialdemokratischen Mandatsträger auf, sich für die  
70 Umsetzung der folgenden Forderungen einzusetzen:

a. Die Einführung gesetzlicher Personalstandards für Krankenhäuser für alle patientenrelevanten Bereiche. Sie sollen so differenziert sein, dass sie auch den Besonderheiten der Universitätsmedizin angemessen sind. Sie sind regelmäßig  
75 weiterzuentwickeln.

b. Eine auskömmliche Finanzierung dieser Personalstandards durch die Bürgerversicherung. Dabei soll zur Vermeidung von Dumpinglöhnen die Krankenhausfinanzierung an den jeweils gültigen Tarifen der Krankenhäuser  
80 ausgerichtet sein.

c. Eine deutliche Stärkung der Möglichkeiten der Krankenhausaufsicht zur Überprüfung von Versorgungsstandards und der Sicherung der Qualität, der Einhaltung von Arbeitsvorschriften u. s. w.

85 d. Hochschulmedizin dient vorrangig den Erfordernissen von Forschung und Lehre. Deshalb muss die UKGM als gemeinnützige Gesellschaft geführt werden. Erwirtschaftete Überschüsse müssen vollständig im Betrieb reinvestiert werden. Erforderlich ist eine deutliche Stärkung des Einflusses des Landes auf die strategische

Steuerung des UKGM.

90

e. Die inzwischen gewachsene Zusammenarbeit der Standorte Gießen und Marburg mit Profilierung als eines der größten Universitätsklinika Deutschlands war ein Erfolg und soll weiterentwickelt und ausgebaut werden. Grundlage bleibt die sog. "Quertapete".

95

f. Wenn sich nach einem Regierungswechsel die realisierbare Möglichkeit einer Rückführung in Landeseigentum und/oder eine neue Gesellschaftsform ergibt, so erwarten wir von einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung, dass sie Verhandlungen mit diesem Ziel aufnimmt. Der Parteitag fordert die sozialdemokratischen Mandatsträger in Stadt, Kreis und Land auf, für diesen Fall  
100 Vorbereitungen zu treffen durch eine schrittweise Rücklagenbildung im Landeshaushalt, die Vorbereitung eines von uns schon 2005 vorgeschlagenen Bürgerbeteiligungsfonds Universitätsklinikum sowie die Prüfung eines kommunalen Beteiligungsfonds mit dem Regierungspräsidenten.

Antragsbereich C/ **Antrag 18**

*Antragsteller: Unterbezirk Odenwaldkreis  
(Bezirk Hessen-Süd)*

*Empfänger:*

*SPD-Landesparteitag Hessen*

*SPD-Landesvorstand*

*SPD-Parteivorstand*

*Beschlossen*

**20 Jahre Tafeln in Deutschland sind genug - Armut darf sich nicht weiter etablieren sondern muss abgeschafft werden!**

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

Der SPD Landesverband Hessen soll sich massiv auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Menschen in ganz Deutschland, die derzeit das Angebot von Tafeln zum Leben und Überleben nutzen müssen, so viel Gelder und soziale Betreuung erhalten, dass sie  
5 und ihre Familien nicht mehr auf Lebensmittelzuwendungen von Tafeln angewiesen sind.

Es ist würdelos und menschenverachtend, wenn Menschen in unserem reichen  
10 Deutschland nur von Almosen und den Müllbergen der Wohlhabenden leben. Jeder Mensch soll dazu in der Lage sein, seine Nahrungsmittel selbst kaufen zu können. Armut darf sich nicht weiter in unserer Gesellschaft etablieren. Armut und ihre Ursachen müssen solidarisch bekämpft und abgeschafft werden. Sinnvolle und menschenwürdige Maßnahmen sind hierzu in einem fachkundigen Arbeitskreis unter  
15 Einbeziehung von Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, Hartz IV beziehen und unter menschenunwürdigen Verhältnissen leben, sowie von Organisationen wie den Kirchen, der AWO, der Arbeitslosen-Initiative Compass, des DGB u. v. m. zu erarbeiten und dringend umzusetzen.

Antragsbereich C/ **Antrag 19**

*Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord*

*Empfänger:*

*SPD-Bundesparteitag*

*SPD-Landesparteitag Hessen*

*SPD-Landesvorstand*

*SPD-Parteivorstand*

*Beschlossen*

**Streichung des Begriffs „sozial schwach“ aus dem sozialdemokratischen Sprachgebrauch**

Wir fordern die Partei auf allen Gliederungsebenen auf, den Begriff „sozial schwach“ als Bezeichnung für Menschen mit geringem Einkommen aus dem sozialdemokratischen Sprachgebrauch zu streichen, da er diskriminierend ist. Außerdem sind auch viele ärmere Menschen – die SPD ist dafür ein beredtes Beispiel  
5 – gesellschaftlich engagiert, was das Gegenteil von „sozial-schwach“ ist.

## 2.5. Energiepolitik

Antragsbereich D/ **Antrag 1**

*Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf  
(Bezirk Hessen-Nord)*

*Empfänger:  
SPD-Landesparteitag Hessen*

*Beschlossen*

### **Vollständige Atomausstiegspolitik**

Der Landesparteitag wolle beschließen:

Antrag:

5 Wir fordern die SPD in Bund und Land auf, sich gegenüber der Bundesregierung für ein Ende von Exportbürgschaften für Atomtechnologie einzusetzen. Dazu soll die Atomwirtschaft endlich angemessen an Entsorgungs- und Versicherungskosten beteiligt werden.

Antragsbereich D/ **Antrag 4**

*Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord*

*Empfänger:*

*SPD-Bundestagsfraktion*

*SPD-Landesparteitag Hessen*

*SPD-Landtagsfraktion*

*Beschlossen*

## **Energiewende sozial gestalten**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Bezahlbare Energiepreise sind ein wichtiger Baustein für die Akzeptanz der Energiewende. Eine Verkürzung der Diskussion, auf den steigenden Strompreis, der den geringsten Anteil bei den ebenfalls stetig steigenden Energiekosten greift zu kurz. Bezahlbarkeit und ein Ausbau der erneuerbaren Energien sind keine Gegensätze, sondern können sich ideal ergänzen, wenn die Weichen in Hessen, im Bund und in den Kommunen jetzt richtig gestellt werden. Dafür steht die hessische SPD:

### **Ausgangslage:**

- Die hessische SPD stellt mit großem Bedauern fest, dass Hessen beim Bundesländer-Ranking der "Agentur für Erneuerbare Energien" zum dritten Mal in Folge Schlusslicht der Flächenländer bei den erneuerbaren Energien geworden ist. Die schwarz-gelbe Landesregierung ist offensichtlich nicht in der Lage war und ist, die richtigen Schlüsse aus den vergangenen Vergleichsstudien zu ziehen, und auch der Minimalkonsens des hessischen Energiegipfels nicht ausgereicht hat, Hessen bei den erneuerbaren Energien spürbar voranzubringen.

- Die hessische SPD bekennt sich zur Energiewende. Mit der dezentralen Erzeugung erneuerbarer Energien in unserer Region sichern wir regionale Wertschöpfung, schaffen neue Arbeitsplätze und behalten Geld, das früher zur Beschaffung fossiler Rohstoffe ausgegeben wurde, im regionalen Wirtschaftskreislauf.
- Die nordhessische SPD hält die Initiativen sowohl der schwarzgelben Bundes- als auch Landesregierung im Rahmen der Energiewende für bei weitem nicht ausreichend, um die ambitionierten Ziele, Hessens Energieversorgung bis spätestens 2050 vollständig auf Erneuerbare Energien umzustellen, erreichen zu können. Die SPD wird aufgefordert, in ihren Wahlprogrammen zur Bundes- und Landtagswahl Alternativen aufzuzeigen.

### **Energiekosten:**

- Nur die Energiewende garantiert langfristig stabile Energiepreise. Durch die Endlichkeit der fossilen Energieträger wie Kohle, Öl und Gas würde es ohne Energiewende zu erheblichen Kostensteigerungen im Energiebereich kommen, so wie die Kostensteigerungen der letzten Jahre vor allem auf die steigenden Kosten fossiler und atomarer Energieträger zurückzuführen sind.
- Auf dem Weg zur vollständig vollzogenen Energiewende hin zu Erneuerbaren Energien muss Energie selbstverständlich bezahlbar bleiben. Das gilt sowohl für die Industrie als auch für alle privaten Haushalte. Entlastungen für die Industrie dürfen aber nicht auf die privaten Haushalte umgelegt werden. Ebenso sollten die Belastungen für Mieterinnen und Mieter bei energetischen Haus- und Wohnungssanierungen die eingesparten Energiekosten nicht überschreiten. Entlastungen für die Industrie sind strikt auf solche energieintensive Unternehmen zu begrenzen, die im internationalen Wettbewerb stehen, und müssen an Effizienzsteigerungen geknüpft werden.
- Die hessische SPD schlägt stattdessen zur Begrenzung des Strompreises folgende Maßnahmen vor:
  - Senkung der Stromsteuer für Haushaltskunden in Höhe des EEG-Umlage-getriebenen Umsatzsteuerzuwachses (rd. 800 Mio.)
  - Abschaffung der Netzentgeltbefreiung (rd. 400 Mio.)
  - Abschaffung der Marktprämie (300 Mio.)

- Rücknahme der Ausweitung der EEG-Umlagebefreiung für Industrieunternehmen, insbesondere für Unternehmen, die nicht im internationalen Wettbewerb stehen.

### **Photovoltaik:**

- Die SPD sieht in Hessen weiterhin ein großes Potential für den Ausbau der Photovoltaik.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Hessische Denkmalrecht so ändern, dass der Denkmalschutz nicht als Verhinderungsinstrument für Photovoltaik missbraucht wird.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Hessische Bauordnung so ändern, dass die Statik von neu gebauten Logistikhallen und Industriebauten so ausgelegt werden muss, dass sie Anlagen der Photovoltaik und Solarthermie tragen.
- Wir werden in Bund und Land darauf hinwirken, dass vor allem die Streifen entlang der Autobahnen und Bahnstrecken sowie Lärmschutzwände und Einhausungen für die Photovoltaik genutzt werden.
- Wir werden nach einem Regierungswechsel Hessen zum Vorreiter beim Thema intelligente Netze machen. Darüber hinaus werden wir Projekte zur Steigerung des Eigenverbrauchs des Stroms aus Photovoltaik unterstützen.
- Der Landesparteitag sieht in der aktuellen Plänen von Umweltminister Altmaier zur Reform des EEG eine akute Gefährdung mehrerer tausend Arbeitsplätze hessischer Solarunternehmen, von ortsansässigen Weltmarktführern über Zulieferbetriebe bis hin zu den mittelständischen Handwerksbetrieben. Insbesondere die Solarregion Nordhessen, die vor allem auch durch die Solarindustrie und zahlreiche spezialisierte Installationsbetriebe aus dem Handwerk in den letzten Jahren einen spürbaren Aufschwung erlebt hat, würde erneut geschwächt.

### **Windkraft:**

- Es ist maßgeblicher Erfolg der Sozialdemokraten in der Regionalversammlung, die Widerstände gegen Windkraft an Land - der günstigsten und effektivsten

Form der erneuerbaren Energieerzeugung - abgebaut zu haben. Der sich derzeit in der Offenlage befindliche Regionalplan weist Windvorrangflächen in einer Größenordnung von 2% aus. Im weiteren Verfahren ist darauf zu achten, dass es zur Optimierung der Flächen kommt, die Größenordnung aber keinesfalls unterschritten wird.

- Die hessische SPD fordert die Landesregierung auf, die derzeitige gültige Vorgabe, dass Hessen-Forst Flächen für Windkraftanlagen an den Meistbietenden verpachten muss, zugunsten von regionalen Anbietern lockert. Hintergrund ist, dass große bundesweit agierende Investoren ganz anders kalkulieren können als regionale Akteure. Während Großprojektierer eine Anlage errichten, diese dann u.a. an Renten- oder Investmentfonds verkaufen und dann weg sind, tragen regionale Investoren dauerhaft Verantwortung. Nur sie tragen zu einer starken regionalen Wertschöpfung bei.
- Die SPD erwartet von der Hessischen Landesregierung, dass die benachbarten Kommunen von Windkraftanlagen auf Flächen von HessenForst nach rheinland-pfälzischem dem Vorbild angemessen an den Pachteinahmen beteiligt werden. In unserem Nachbarland erhalten die Anrainerkommunen rund 30 Prozent der Pachteinahmen. Was in Rheinland-Pfalz möglich ist, muss auch in Hessen möglich sein.
- Die SPD sieht insbesondere in den Vorschlägen der Förderkürzung für Windkraft im Binnenland („Onshore“) eine Gefahr für die preiswerteste und effizienteste Form der Erzeugung erneuerbarer Energien. Sollte die Pläne Realität werden, würde das auf dem Hessischen Energiegipfel von der SPD durchgesetzte Ziel, auf zwei Prozent der Fläche Hessens Energie durch Windkraft zu erzeugen, deutlich verfehlt. Die Mehrzahl der derzeit in Planung befindlichen Windkraftprojekte würde sich nicht mehr realisieren lassen. Onshore-Windkraft wäre nur noch auf rund 0,5 Prozent der Fläche wirtschaftlich möglich sein.

### **Demokratisierung der Energieerzeugung:**

- Aus Sicht der hessischen SPD ist die im Januar 2012 in Kraft getretene Novelle der HGO - insbesondere die im § 121 verankerte kommunalwirtschaftliche Betätigung - nicht geeignet, den Kommunen die Energieproduktion zu erleichtern. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass nach einem Regierungswechsel diese kommunalfeindliche Regelung umgehend aufgehoben wird und die Kommunen endlich zu Motoren der Energiewende werden



können.

- Bei allen Formen der dezentralen Energieerzeugungen wollen wir die wir die Gründungen von Bürgerbeteiligungsgesellschaften oder Energiegenossenschaften unterstützen. Wir wollen die Beteiligungsformen für so ausgestalten, dass Bürgerinnen und Bürger sich bereits mit geringen Beträgen aktiv an der Energiewende beteiligen können.
- Die hessische SPD begrüßt die regional ganz unterschiedlichen Formen der Rekommunalisierung der Ortsnetze, die maßgeblich von Sozialdemokraten angestoßen wurden. Die Mitbestimmung der Kommunen in diesem Bereich ist eine wichtige Voraussetzung für eine dezentrale Energieerzeugung von Erneuerbaren Energien.
- Die hessische SPD begrüßt, das bekanntgewordene Verhandlungsergebnis der Landkreise mit E.ON Deutschland, zusammen mit einem regionalen Stadtwerkekonsortium sowie den Städten und Gemeinden die E.ON Mitte vollständig zu übernehmen. Die Landesregierung wird aufgefordert, diesen Prozess insbesondere als Kommunalaufsicht und in Hinblick auf die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen zu unterstützen.

### **Fracking:**

- Der SPD-Landesparteitag spricht sich dagegen aus, in weiten Teilen Nordhessens nach unkonventionellem Erdgas zu suchen und dieses mit Hilfe von Chemikalien, die in den Boden gepresst werden, zu fördern (sog. Fracking). Diese Technologie deren Folgen für Mensch und Umwelt und insbesondere unser Trinkwasser gar nicht abzusehen sind, lehnen wir ab. Wir fordern ein grundsätzliches Verbot der Erdgasförderung mit Hilfe des sogenannten Fracking-Verfahrens im Rahmen der notwendigen Novellierung des Bundesbergrechts verbindlich festzuschreiben."
- Wir erwarten von der schwarz-gelben Landesregierung, dass sie die Entscheidung über den vorliegenden Erkundungsantrag für Nordhessen noch vor der Landtagswahl ablehnt und die Entscheidung nicht bis nach dem 22. September hinausschiebt. In Niedersachsen hat einen Tag nach dem rot-grünen Wahlsieg die nur noch geschäftsführend im Amt befindliche CDU/FDP-Landesregierrung einen Erkundungsantrag für ein Feld in der Lüneburger Heide genehmigt. Das muss in Hessen verhindert werden.

Die erneuerbaren Energien haben in den letzten Jahren insbesondere unsere nordhessische Region vorangebracht und tausende neuer Arbeitsplätze geschaffen. CDU und FDP haben in Bund und Land die Energiewende in Verruf gebracht. Auch deshalb brauchen wir am 22. September einen Politikwechsel in Berlin und Wiesbaden.

## **2.6. Wohnraumpolitik**

Antragsbereich E/ **Antrag 1**

*Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf  
(Bezirk Hessen-Nord)*

*Empfänger:  
SPD-Landtagsfraktion*

*Beschlossen*

### **Mietpreise**

Der Landesparteitag wolle beschließen:

## **Mietpreise**

5

Der Landesparteitag wird aufgefordert, die beim SPD-Bundesvorstand beschlossenen Initiativen zur Eindämmung der rasanten Mietpreiserhöhungen zu unterstützen. Die Städte und Gemeinden, Landkreise, Kommunal- und Gemeindeverbände vor Ort sind aufgefordert, unverzüglich geeignete Maßnahmen in ihren Zuständigkeitsbereichen einzuleiten, die – den an vielen Orten festzustellenden – zügellosen Mietpreisanhebungen Einhalt zu gebieten.

10

### **Begründung:**

15

Durch die totale Liberalisierung des Wohnungsbaues und durch den weitgehenden Verzicht der öffentlichen Wohnraumbewirtschaftung sind die Tore einer ungezügelter und unsozialer Entwicklung bei den Mietpreisen in der gesamten BRD weit geöffnet.

20

Dies ist die Ursache dafür, dass zahlreiche Städte und Gemeinden eine schleichende Umkehrung einer vormals sozial verantwortlich geprägten Mietraumwohnpolitik auf dem Vormarsch ist.

25

Der Landesparteitag fordert, in Städten und Gemeinden vertragliche Regelungen mit Investoren und Wohnbaugesellschaften, mit dem Ziel, bei allen größeren Wohnungsbauneubauprojekten eine angemessene Anzahl von Wohnungen nach den Kriterien des sozialen Wohnungsbaues vorzusehen.

Antragsbereich E/ **Antrag 2**

*Antragsteller: Unterbezirk Hochtaunus  
(Bezirk Hessen-Süd)*

*Empfänger:*

*SPD-Landtagsfraktion*

*Beschlossen*

## **Gegen Privatisierung gemeinütziger Wohnungsbaugesellschaften in Hessen**

Die hessische SPD bittet die SPD-Landtagsfraktion, sich weiterhin entschieden gegen weitere Privatisierungen gemeinnütziger und sozialer Wohnsiedlungen und Wohnungsbauprojekte zu wenden.

## **2.7. Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz**

Antragsbereich F/ **Antrag 6**

*Antragsteller: Unterbezirk Wetterau*

*(Bezirk Hessen-Süd)*

*Empfänger:*

*SPD-Bundestagsfraktion*

*Beschlossen*

## **Änderung der gültigen Gesetzgebung zum Flottenverbrauch**

Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, eine Gesetzesinitiative zur

Änderung der Berechnungsgrundlage für den für die CO2-Bilanz maßgeblichen Flottenverbrauch von Fahrzeugherstellern zu starten. Ziel der Initiative soll es sein, die tatsächlichen Verbräuche der Fahrzeuge sowie die Verkaufszahlen und die  
5 Kilometerleistungen stärker zu berücksichtigen.

## **2.8. Bildung und Wissenschaft**

Antragsbereich G/ **Antrag 1**

*Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord*

*Empfänger:*

*SPD-Bundesparteitag*

*Beschlossen*

### **Bundesweite Schulstandards**

Eine SPD-regierte Landesregierung wird sich in der Kultusministerkonferenz dafür einsetzen, dass Hürden für Kinder und Jugendliche beim Umzug in andere Bundesländer (bspw. Schul- und Abschlusstandards, curriculare Vorgaben, etc.) beseitigt werden. An Maßnahmen, die zu Verschlechterungen bei der individuellen  
5 Förderung oder Chancengleichheit führen, wie wir dies bei der Umstellung auf G8 erlebt haben, wird sich Hessen unter SPD-Führung nicht beteiligen.

## 2.9. Steuern und Finanzen

Initiativantrag InA1

Beschlossen

### **SPD knackt CDU-Position Steuerstraftäter zu schützen!**

**Auch Hessen muss Steuer-CDs bezahlen! Position von CDU/FDP unverantwortlich!**

1. Der SPD-Landesparteitag Hessen begrüßt die EU-weite Entwicklung, durch einen generellen Datenaustausch über Kapitaleinkünfte Steuerhinterziehung und -betrug massiv zu unterbinden.
2. Der SPD-Landesparteitag Hessen unterstützt nachdrücklich die Position der SPD-geführten Bundesländer, der SPD-Bundestagsfraktion wie auch der hessischen SPD-Landtagsfraktion, wonach der Ankauf von sogenannten „Steuer-CDs“ ein notwendiges Mittel ist, um Steuerhinterziehern und -betrügern auf die Schliche zu kommen. Zudem ist nach Auffassung der Sozialdemokraten der daraus entstehende Druck zur Selbstanzeige durch Steuerhinterzieher und -betrüger nachweislich vorhanden.
3. Der SPD-Landesparteitag Hessen verurteilt die Position der CDU- und FDP-Hessen, wonach mit einer Generalamnestie millionenschwere Steuerstraftäter ihren voraussichtlichen Haftstrafen entgehen sollen. Der Schutz einer kleinen kriminellen CDU/FDP-Klientel zum Schaden der Allgemeinheit muss geknackt werden.
4. Der SPD-Landesparteitag Hessen fordert die hessische Landesregierung auf, den Ankauf von „Steuer-CDs“ finanziell zu unterstützen. Solidarität unter den Bundesländern bedeutet nicht allein, von den Ergebnissen der Auswertung der Steuer-CDs zu profitieren wie auch von den vermehrten Selbstanzeigen, vielmehr gilt: „Wer von Steuer-CDs profitiert, muss auch zahlen“.

5. Der SPD-Landesparteitag Hessen sieht in der Forderung der hessischen SPD-Landtagsfraktion nach Einstellung zusätzlicher Steuerfahnder und -prüfer ein gewichtiges Mittel, um Steuerehrlichkeit zu befördern, als Mittel, um zu mehr Steuergerechtigkeit zu kommen.
6. Der SPD-Landesparteitag Hessen sieht in einer gerechten Besteuerung und einer steuerehrlichen Verwaltung von Kapitaleinkünften einen dauerhaften Wettbewerbsvorteil für den Bankenstandort Hessen und die dortigen Arbeitsplätze.

## **2.10. Integration**

Antragsbereich I/ **Antrag 2**

*Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord*

*Empfänger:*

*SPD-Bundesparteitag*

*Beschlossen*

### **Kostenlose Integrationskurse für ausländische Mitbürger**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Jeder Ausländer/Jede Ausländerin darf kostenlos an Integrationskursen teilnehmen. Dabei wird nicht zwischen EU-BürgerInnen und Nicht-EU-BürgerInnen unterschieden.

5

Die Kosten sind nicht den Kommunen anzulasten, sondern vom Bund zu tragen.

## **2.11. Kommunal- und Regionalpolitik**

Antragsbereich J/ **Antrag 8**

*Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord*

*Empfänger:*

*SPD-Bundesparteitag*

*SPD-Bundestagsfraktion*

*SPD-Landesparteitag Hessen*

*Beschlossen*

### **Sicherung der Gewerbesteuer als Einnahme für die Kommunen**

Die hessische SPD fordert die SPD Bundestagsfraktion auf, ein Gesetz zu entwerfen, welches Steuerschlupflöcher für Unternehmen schließt. Es soll somit zukünftig nicht mehr möglich sein, dass große Unternehmen ihre Gewinne so „klein rechnen“, dass sie keine Gewerbesteuer leisten müssen.



## 2.12. Innen und Recht

Initiativantrag InA4

Als Resolution beschlossen

### **Verhältnismäßigkeit des Polizeieinsatzes bei der Blockupy-Demonstration in Frankfurt überprüfen**

Das Recht auf Demonstrationsfreiheit aus Art. 8 GG gehört zu den herausgehobenen freiheitlichen Grundrechten in unserem Land und darf daher auf gar keinen Fall unzulässig beeinträchtigt oder beschnitten werden. Dies gilt sowohl für die Teilnehmer von Demonstrationen als auch für die staatlichen Organe, die das Recht auf Demonstrationsfreiheit zu gewährleisten und zu sichern haben.

Für die Demonstrierenden folgt daraus die Verpflichtung, sich gewaltfrei zu verhalten und alles zu unterlassen, was geeignet ist, das Demonstrationsrecht zu gefährden.

Deswegen lehnt die SPD jegliche Form der aktiven Gewalt, das Mitführen von Waffen aller Art bei Demonstrationen ab. Denn hiermit wird das verfassungsrechtlich abgesicherte Grundrecht ins Gegenteil verkehrt und unterlaufen.

Für die zuständigen staatlichen Institutionen folgt daraus, dass sie ihre Verpflichtung, die Wahrnehmung des Rechts auf Demonstrationsfreiheit zu ermöglichen, erfüllen müssen. Dabei kommt der Polizei besondere rechtsstaatliche Verantwortung zu, weil sie nicht nur dafür Sorge zu tragen hat, dass Demonstrationen geschützt werden, sondern ebenfalls sicher stellen muss, dass von Demonstrationen keine Gefahren ausgehen dürfen.

Der Einsatz staatlicher Mittel bei Demonstrationen muss daher angemessen und verhältnismäßig sein und unterliegt strengen Anforderungen. Polizeiliches

Fehlverhalten darf ebenso wenig toleriert werden wie Übergriffe von Demonstrationsteilnehmern. Beides ist in gleicher Weise umgehend aufzuklären und zu ahnden. Darüber hinaus hat die Polizei aufgrund ihrer besonderen Verantwortung bei der Verwendung ihrer Einsatzmittel dafür Sorge zu tragen, dass friedliche Demonstrationsteilnehmer nicht gefährdet oder verletzt werden. Dies gilt insbesondere für den Einsatz von Pfefferspray.

Vor diesem Hintergrund sind die Abläufe am 1. Juni 2013 in Zusammenhang mit der genehmigten Blockupy-Demonstration in Frankfurt am Main besonders kritisch zu bewerten und dringend aufzuarbeiten. Dies gilt insbesondere in Bezug auf die unverhältnismäßige, über Stunden andauernde Einkesselung der Demonstranten, für die Verhinderung einer genehmigten Demonstration und für den offenbar gänzlich überzogenen Einsatz von Pfefferspray. Das gilt aber auch für die völlig verfehlte Einsatzplanung und Einsatzdurchführung, die nicht nur unverhältnismäßig die Wahrnehmung des Demonstrationsrechts verletzt hat, sondern auch zu überlangen Einsatzzeiten und polizeitaktischen Fehlentscheidungen führte.

Die SPD verurteilt deshalb auch das Verhalten der politisch Verantwortlichen. Der Innenminister Boris Rhein hat es bislang versäumt, die Verantwortung für die Fehlentscheidungen und Fehlentwicklungen vom 1. Juni 2013 zu übernehmen. Stattdessen lädt er die Verantwortung beim Einsatzleiter ab - das ist schäbig.

Dies vorausgeschickt, möge der Parteitag feststellen:

1. Nach Auffassung der hessischen SPD war der Polizeieinsatz gegen die Blockupy-Demonstranten am vergangenen Samstag unverhältnismäßig.
2. Insbesondere die stundenlange Einkesselung von mehreren Hundert Demonstranten stellt einen klaren Verstoß gegen geltendes Recht dar und war in jeder Hinsicht überzogen.
3. Ebenso ist nicht nachvollziehbar, weshalb dem Demonstrationszug das von den Verwaltungsgerichten bestätigte Recht verweigert wurde, den Demonstrationszug auf der angemeldeten Route zu Ende zu gehen.

4. Die hessische SPD missbilligt die in diesem Zusammenhang getroffenen Entscheidungen.

Die Berichterstattung über die Ereignisse im Zusammenhang mit der Blockupy-Demonstration am 1. Juni 2013 wirft auch die dringende Frage auf, wie es zu den genannten Fehlentscheidungen kommen konnte, die eine zügige Aufarbeitung und Aufklärung auf allen Ebenen erfordern. Der Landesparteitag fordert, dass die notwendige Aufklärung vorangetrieben und die Öffentlichkeit umfassend informiert wird.

**Der Parteitag der hessischen SPD beauftragt alle sozialdemokratischen Gremien und Mandatsträgerinnen/ Mandatsträger sich dafür einzusetzen, dass der Vorfall lückenlos aufgeklärt und eine Wiederholung verhindert wird.**

## **2.13. Internationales**

Antragsbereich M/ **Antrag 1**

*Antragsteller: Unterbezirk Rheingau-Taunus  
(Bezirk Hessen-Süd)*

*Empfänger:*

*SPD-Landesverband Hessen*

*SPD-Parteivorstand*

*Beschlossen*

### **„Eine neue Weltordnung“: Land grabbing verhindern!**

Die SPD spricht sich für eine Eindämmung des in jüngster Zeit verstärkt von

wohlhabenden Staaten und Unternehmen betriebenen „Land grabbing“ in vor allem Entwicklungsländern aus. Das Land grabbing ist Folge komplexer geo- und wirtschaftspolitischer Entscheidungen und gehört deshalb auf die Agenda nationaler und internationaler Ebene. Wir fordern:

- Es muss ein international gültiger und anerkannter Rechtsrahmen für Landakquisition geschaffen werden. Entsprechende Verstöße müssen in der Folge justiziabel sein. Daraus müssen sich auch politische Leitlinien entwickeln, in denen Sozial- und Ökostandards die Sicherung von Landrechten festschreiben. Landrechte müssen registriert werden können und transparent einsehbar sein, um die Rechtssicherheit für Grundstückseigentümer zu erhöhen, z.B. durch Dorfkataster, Grundrechtsreformen etc.
- Regionale und nationale Initiativen zur Implementierung bzw. Reformierung von Landpolitiken wie die Ausarbeitung der „Umfassenden Leitlinien zur Bodenpolitik in Afrika“ der UN-Wirtschaftskommission für Afrika sind durch die Bundesregierung zu unterstützen. Auch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit muss den Stellenwert der nachhaltigen Sicherung von Landrechten bzw. Umverteilung von Land im Sinne von benachteiligten nationalen Gruppierungen stärken.
- In nationalen wie internationalen Finanzinstitutionen, in denen die Bundesrepublik beteiligt ist, darf die Kreditvergabepolitik „Land grabbing“ keinen Vorschub leisten. Dies gilt auch für öffentliche und private Investitionen mit deutscher Beteiligung in Entwicklungsländern.
- Die Verwendung von Land zwecks Anbau von Agrarexportprodukten, insbesondere das jüngste Beispiel um den Agrartreibstoff E10, ist abzulehnen, hat aber mindestens die relevanten, o.g. Menschenrechtsnormen zu beachten.

Antragsbereich M/ **Antrag 2**

*Antragsteller: Unterbezirk Wiesbaden  
(Bezirk Hessen-Süd)*

*Empfänger:*

*SPD-Bundesparteitag*

*SPD-Landesparteitag Hessen*

*Beschlossen*

## **Transparenz und parlamentarische Kontrolle für eine restriktive Rüstungsexportpolitik**

1. Der Landesparteitag unterstützt die Beschlüsse des Parteivorstandes und des Bundesparteitages für eine wirksame Rüstungskontrolle und Rüstungsexportkontrolle vom Dezember 2010 und 2011 sowie den Antrag der Bundestagsfraktion (Drucksache 17/5054) „Mit Transparenz und parlamentarischer Beteiligung gegen die Ausweitung von Rüstungsexporten“.  
5
2. Die Zuständigkeit für die Rüstungsexportpolitik soll vom Wirtschaftsministerium zum Auswärtigen Amt übertragen werden.
3. Es soll ein parlamentarisches Kontrollgremium des Bundestages eingerichtet werden, wie es in anderen Ländern, z.B. Schweden, existiert. Ein Gremium, das zeitnah und aussagekräftig informiert und im Vorfeld anstehender Entscheidungen über Rüstungsexporte einbezogen wird.  
10
4. Die EU-Mitgliedsstaaten sollen die Bestimmungen des gemeinsamen Standpunktes für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern in ihre nationale Gesetzgebung überführen.  
15
5. Der Bundesvorstand wird aufgefordert die Position der SPD-Beschlüsse und Anträge von 2010 und 2011 in das Wahlprogramm für die Bundestagswahl aufnehmen. Die Bundestagsfraktion wird gebeten in der Regierungsverantwortung ihre eigene Praxis daran auszurichten.  
20

Antragsbereich M/ **Antrag 4**

*Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord*

*Empfänger:*

*SPD-Bundesparteitag*

*SPD-Bundestagsfraktion*

*SPD-Fraktion im Europäischen Parlament*

*Beschlossen als Resolution*

## **Für eine solidarische Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe!**

### **Die deutsche Entwicklungspolitik in der Kritik**

Die deutsche entwicklungspolitische Zusammenarbeit wird durch eine große Anzahl von Akteuren beeinflusst. Zu diesen Akteuren zählen vor allem die internationalen  
5 Organisationen (Weltbank, IWF, die UN-Organisationen) aber auch die Entwicklungsorganisationen (z.B. Ministerien, Durchführungsorganisationen) und Forschungseinrichtungen. Diese Vielzahl an Akteuren bestimmt, was als Entwicklung anzusehen ist und wie sie zu erreichen ist und sie gilt es entsprechend bei unserem entwicklungspolitischen Vorgehen zu berücksichtigen.

10 Das Signal und der Anspruch des Begriffswandels, von Entwicklungshilfe zu Entwicklungszusammenarbeit, ist, dass die Gleichwertigkeit der Geber- und Nehmerländer gegeben sein muss. Die Zeiten der Almosen von Nord nach Süd sind damit vorbei. Dieser Paradigmenwechsel ist richtig und muss noch stärker in die  
15 Entwicklungszusammenarbeit und deren Wahrnehmung einbezogen werden.

Der Strategiewechsel in der deutschen Entwicklungspolitik unter dem Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP), der dem Bundesministerium für wirtschaftliche  
20 Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) als Fachminister vorsteht, wird von uns Jusos hingegen stark kritisiert. Ein Hauptkritikpunkt an Niebels Entwicklungspolitik bezieht sich dabei auf die starke Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft. Hilfsorganisationen (Terre des Hommes, Welthungerhilfe etc.) fürchten zu Recht, dass es primär um Wirtschaftsinteressen im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit geht. Diese Besorgnis wird durch die Tatsache verschärft, dass nicht nur die seit den 1990er  
25 Jahren existierenden Privat-Public-Partnerships (PPP) verstärkt weitergeführt werden, sondern u.a. auch eine Servicestelle für die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft eingerichtet wurde. Die Wahrscheinlichkeit, dass Unternehmen nur dort Investitionen tätigen, wo eine ausgebaute Infrastruktur und Rechtssicherheit besteht, liegt auf der

Hand. Dies bedeutet aber schlichtweg, dass insbesondere fragile Staaten in Afrika selbst von solch einer Kooperation ausgeschlossen bleiben. Diese Entwicklung sehen wir kritisch. Die Unternehmen wollen in erster Linie Geld verdienen und Ressourcen sowie die Arbeitskräfte vor Ort ausbeuten. Dementsprechend ist ihr Eigeninteresse kapitalistisch begründet und besteht nicht in der Förderung bzw. Verwirklichung einer gerechteren Gesellschaft. Perfide ist zudem die Begründung für vermehrte PPP-Förderung. So seien sie angeblich kostengünstiger und stärken den Wirtschaftsstandort Deutschland global. So brüstet sich der liberale Minister, dass auf jeden „investierten“ Euro 1,40€ nach Deutschland zurückfließen würde. Hier verkommt Entwicklungszusammenarbeit in bloßer Außenhandelsförderung. Ob die PPP-Förderung den Menschen vor Ort entsprechend wirklich hilft, bleibt dabei mehr als fraglich.

40 Deutlich wird zudem, dass die deutsche Entwicklungspolitik unter Führung des FDP-Politikers Niebel sich vorwiegend auf einen Aspekt von nachhaltiger Entwicklung, nämlich der Wirtschaft, beschränkt und die anderen Dimensionen von nachhaltiger Entwicklung (Soziales, Ökologie) stark vernachlässigt. Folglich werden die Bereiche Soziales und Ökologie (Bildung, Gesundheits- und Wasserversorgung etc.) dem Wirtschaftsaspekt untergeordnet. Dementsprechend versagt Niebels Entwicklungspolitik vollkommen, wenn es darum geht, wirtschaftliche Entwicklung in Einklang mit Ressourcengerechtigkeit und sozialer Gerechtigkeit zu bringen. Vor allem unterschätzt diese Art der Entwicklungspolitik, welche entscheidende Rolle die Erzielung von sozialer Gerechtigkeit in Bezug auf die Aufrechterhaltung des Friedens hat.

Die Stärkung des Friedens durch Entwicklungszusammenarbeit wird zudem durch die stärkere Vernetzung von Militär und Entwicklungszusammenarbeit konterkariert. So fördert das Haus Niebel in einer seiner Förderlinien in Afghanistan nur NGOs, die auch zu einer Kooperation mit dem Militär bereit sind. Ein weiteres Beispiel ist die Unterstützung der kolumbianischen Regierung in der Region Macarena, die durch militärische Einsätze wieder das Gewaltmonopol über die Region erlangen möchte. Wir Jusos lehnen die Einmischung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in innerstaatliche Konflikte sowie die Unterstützung des Militärs durch die Entwicklungszusammenarbeit ab. Entwicklungszusammenarbeit hat den Anspruch die Welt gerechter zu machen und keine vermeindliche Entwicklung durch Waffengewalt herzustellen.

Die internationale Staatengemeinschaft hat sich darauf verständigt, dass die

65 Industrieländer 0,7% des BIPs für die Entwicklungszusammenarbeit jährlich zur  
Verfügung stellen sollen. Dieses Ziel soll bis 2015 erreicht werden. Doch sind wir  
hiervon derzeit weit entfernt. Momentan wendet Deutschland gerade einmal 0,4% des  
BIPs für die Entwicklungszusammenarbeit auf. Wir fordern daher zudem  
70 schnellstmöglich die schrittweise Anhebung des Budgets, um das 0,7%-Ziel 2015  
tatsächlich erreichen zu können. Diese Zielsetzung wird durch die kürzlich getroffenen  
Entscheidungen ad absurdum geführt. Statt einer graduellen Anhebung des BMZ-Etats  
wurde dieser weiter gekürzt. Der Bundestag beschloss Ende letzten Jahres gegen die  
Stimmen der SPD sowie anderer Oppositionsparteien die Kürzung des BMZ-Etats. Für  
das Haushaltsjahr 2013 verfügt das BMZ nun über knapp 6,3 Milliarden Euro. Im  
75 Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Kürzung des Etats um 87 Millionen Euro. Es  
ist für uns schlichtweg inakzeptabel, dass die Bundesregierung nicht bereit ist einen so  
geringen Anteil unseres jährlich erwirtschafteten Vermögens zur Verfügung zu stellen,  
um den Menschen in weniger entwickelten Ländern eine bessere Perspektive zu  
verschaffen. Die Erreichung des 0,7%-Ziels verkommt unter der schwarz-gelben  
80 Koalition somit zur Utopie. Unser Wohlstand bildet eine Pflicht zur Umverteilung,  
sowohl national, wie auch international.

Unser Ansatz für eine gute Entwicklungszusammenarbeit muss eine Weltgesellschaft  
sein, in der Hunger, Elend und Armut zur Geschichtserzählung und nicht zur  
85 Gegenwartsbeschreibung gehört. Den Wohlstand, den wenige Millionen Menschen auf  
der Welt genießen und das Elend (Unterernährung & Hunger, Krieg & Verfolgung,  
Krankheit oder Analphabetismus) in dem Milliarden Menschen leben, verpflichtet uns  
als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten zu einem klaren Bekenntnis zur globalen  
Umverteilung und zu einer nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit.

90 Unser Ziel ist eine gerechtere Welt, in der sich alle auf Augenhöhe begegnen und  
jeder Mensch die elementarsten Dinge zum Leben vorfindet. In der Tradition eines  
internationalistischen Richtungsverbandes fühlen wir uns als Jusos zur Solidarität mit  
den Schwachen und Benachteiligten weltweit verpflichtet und kämpfen hierfür auch  
bei uns vor Ort!

Initiativantrag InA3

Beschlossen als Resolution



## Resolution: Solidarität mit der türkischen Protestbewegung!

Wir hessischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten solidarisieren uns mit der Protestbewegung in der Türkei. Nach der Räumung des friedlichen Protestcampes im Gezi-Park in Istanbul hat sich in der Türkei eine in der jüngeren Geschichte des Landes einmalige Bewegung für Freiheit und Demokratie formiert. In allen Städten der Türkei gibt es Demonstrationen. Die Staatsführung unter Tayyip Erdogan reagiert mit unverminderter Polizeigewalt. Wir verurteilen dies aufs Schärfste.

Anlass der Proteste ist der geplante Bau eines Einkaufszentrums auf einer der letzten Grünflächen der Istanbuler Innenstadt. Dies steht exemplarisch für den autoritären Politik-Stil der AKP in den letzten Jahren. Die Türkei ist eines der Länder, in dem weltweit die meisten Journalistinnen und Journalisten inhaftiert sind. Bereits kritische Einträge auf Twitter können zu Verhaftungen führen. Nun wenden sich Menschen aller religiösen, weltanschaulichen und ethnischen Gruppen gemeinsam gegen das Regime. Wir stehen klar an der Seite friedlicher Demonstrantinnen und Demonstranten.

Wir fordern die sofortige Beendigung der Repressalien durch die türkische Regierung.

Das Recht auf Presse- und Meinungsfreiheit muss eingehalten werden. Die Verantwortlichen, die willkürlich ihre Macht durch Polizeigewalt ausüben, müssen zur Verantwortung gezogen werden. Werden.

Wir fordern das Ende der Gewalt und die Freilassung der Inhaftierten. Wir betonen, dass wir die DemonstrantInnen, die sich für Freiheit, Demokratie und Umwelt einsetzen, hiermit unterstützen

Die Bundesregierung und die EU dürfen nicht länger schweigen! Wir fordern sie auf, sich für die Einhaltung der Menschenrechte und ehr Demokratie in der Türkei einzusetzen.

## **2.14. Parteiorganisation**

Antragsbereich N/ **Antrag 6**

*Antragsteller: Bezirk Hessen-Süd*

*Empfänger:*

*SPD-Landesvorstand*

*SPD-Parteivorstand*

*Beschlossen*

### **Wahlprogramme in leichter Sprache**

Wir fordern den Parteivorstand sowie den hessischen Landesvorstand auf, bei künftigen Landtags- und Bundestagswahlen in geeigneter Form Wahlprogramme in einfacher und verständlicher Sprache vorzulegen.

## **3. Überweisungen**

### **3.1. Wirtschaft und Arbeit**

Antragsbereich B/ **Antrag 6**

*Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord*

*Empfänger:*

*SPD-Bundesparteitag*

*Überweisung als Material an die SPD-Landtagsfraktion*

## **Keine Äpfel, sondern Geld!**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wir fordern die Kultusminister dazu auf, § 17, Abs. 2 Berufsbildungsgesetzes (BBIG) ersatzlos zu streichen!

Antragsbereich B/ **Antrag 7**

*Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Süd*

*Empfänger:*

*SPD-Landesparteitag Hessen*

*Überweisung als Material an die SPD-Bundestagsfraktion*

## **Lebenslügen in Deutschland - der 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung**

**Der Parteitag möge beschließen:**

### **Ein Armutszeugnis für die Schwarz-Gelbe Bundesregierung**

5 Mit dem vorliegenden und umstrittenen 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung stellt diese sich und ihrer Arbeit unwillentlich ein Armutszeugnis sondergleichen aus. Selbst eine durch die Ministerien bearbeitete und geschönte Fassung vermag nicht über die grundsätzliche Entwicklung hinwegzutäuschen, dass die Ungleichheit in der Gesellschaft zunimmt. Die Hälfte der Menschen in Deutschland  
10 verfügt nur über rund 1% des gesamten Nettovermögens - nur ein Bruchteil gegenüber 4% von 1998. Das reichste Zehntel verfügt jedoch über mehr als 53% des gesamten Nettovermögens, und bereichert sich zunehmend. Während die Reichen

immer reicher werden, sehen sich immer mehr Menschen von Armut bedroht - in  
manchen Bundesländern mehr als 20%. Und damit ist zunächst nur das rein materielle  
15 Armutsrisiko erfasst. Ein Blick auf Ungleichheit in Bildung, Gesundheitswesen,  
Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe macht deutlich: wir müssen umdenken.

Für uns ist klar, dass auch Maßnahmen der Agenda 2010 überprüft und vor dem  
Hintergrund dieser Entwicklungen korrigiert werden müssen. Wir stehen zu den  
20 Erfolgen sozialdemokratischer Politik, sowie auch zu deren Fehlern. Wir wollen auf der  
Grundlage dieser Erfahrung mit der Sozialdemokratischen Partei in  
Regierungsverantwortung für mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft kämpfen.

Wir verurteilen scharf den Versuch, kritische Fakten aus dem Bericht zu streichen oder  
zu umschreiben. Armut, Ungleichheit und Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft kann  
25 man nicht mit dem Rotstift bekämpfen, nicht mit Zensur, nicht indem man  
Definitionen verändert oder die Augen davor verschließt. Wir verlangen stattdessen  
eine konsequente soziale Politik, die auf Gerechtigkeit, Chancengleichheit und  
Umverteilung setzt.

### 30 **Wir fordern für den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung:**

- Erstellung durch eine unabhängige Kommission unter Mitwirkung von Experten,  
Vertretern der Sozialverbände und Gewerkschaften.
- Vollumfängliche Erhebung auch individuellen Besitzes.
- 35 • Darstellung des tatsächlichen Ausmaßes bestehender Armut.
- Erarbeitung einer für Deutschland gültigen, objektiven Definition von Armut  
anhand des Einkommens, des Vermögens und der Lebensunterhaltskosten  
eines Haushaltes.

### 40 **Wir leiten aus dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung u.a. folgende Aufträge für sozialdemokratische Politik ab:**

- Abkehr der Wirtschafts- und Finanzpolitik von der alleinigen Orientierung an  
Wachstum und Profit hin zu mehr Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit,  
45 Entwicklung eines neuen Wohlstandsindicators, der u.a. dem Rechnung trägt.
- Einführung einer Vermögenssteuer auf große Privatvermögen in Höhe von 1%  
ab 1.000.000€, Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 53%, Reform der  
Erbschaftssteuer.
- Einstellung einer größeren Zahl von Steuerprüfern, genaue Kontrolle der

- 50 Steuererklärung bei Einkommen >5000€ netto.
- Beschränkung der Leiharbeit; genaue Überprüfung der Kurzarbeit.
  - Bezahlung von Praktika mit einer Dauer von mehr als zwei Wochen.
  - Eindämmung der Jugendarbeitslosigkeit.
  - Einführung eines verbindlichen Mindestlohnes von 8,50€, Bekämpfung steigender Lohnungleichheit, am Ende muss der Mindestlohn auf 10€ steigen.
- 55
- Anerkennung der Schädlichkeit von Schichtarbeit, Zahlung einer Gesundheitspauschale für Schichtarbeiter\*innen aller Branchen; Aufwertung der Gesundheitsberufe (v.a. der Ausbildungsberufe).
  - Längeres gemeinsames Lernen, flexible Eingangsstufen, kostenlose Kita anstatt Betreuungsgeld, Bildungspolitik als gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern und nicht ausgerichtet auf die Förderung von Eliten; vermehrte Förderung staatlicher Schulen und Universitäten; Einstellung der staatlichen Mitfinanzierung privater Universitäten und Schulen.
- 60
- Erarbeitung von Strategien gegen Altersarmut in den nächsten 2 Jahren, Überprüfung der Wirksamkeit nach 3 Jahren. Wir schämen uns für die aktuelle Situation, die die Tafeln notwendig macht. Etappenziel der Armutsbekämpfung: Überflüssigkeit der Tafeln. Bis dahin: keine Umsatzsteuer auf von kleinen Betrieben verschenkte Lebensmittel.
- 65
- Erkennung und Bekämpfung des Zusammenhanges von Armut, Bildungsferne, schlechter Gesundheit, sozialer Teilhabe und politischer Mitbestimmung.
- 70
- Programme gegen fortschreitende Segregation und Gentrifizierung in Großstädten.
  - Recht auf ein Girokonto gesetzlich verankern.

Antragsbereich B/ **Antrag 15**

*Antragsteller: Unterbezirk Wetterau*

*(Bezirk Hessen-Süd)*

*Empfänger:*

*SPD-Landesvorstand*

*SPD-Landtagsfraktion*

*Überweisung als Material an die SPD-Landtagsfraktion*

## **Änderung der Ladenöffnungszeiten**

Wir fordern die Landtagsfraktion und den Landesvorstand der SPD auf, sich für eine Änderung der Ladenöffnungszeiten einzusetzen.

### **3.2. Familie**

Antragsbereich C/ **Antrag 8**

*Antragsteller: Bezirk Hessen-Süd*

*Überweisung an Bundesärztekammer*

## **Ergebnisoffene Prüfung von Blutspendern**

Wir fordern, die Richtlinien der Bundesärztekammer zur Gewinnung von Blutprodukten dahingehend zu ändern, dass zukünftig die Blutproben aller Spender/innen ergebnisoffen dahingehend geprüft werden, ob sie als Blutspender/in geeignet sind. Das diagnostische Fenster von rund vier Wochen, wo ein evtl. HIV-Virus nach Ansteckung im Blut noch nicht nachgewiesen, aber bei einer Spende übertragen werden könnte, soll dabei berücksichtigt werden. Die pauschale und diskriminierende Einteilung in sogenannte Risikogruppen wie Häftlinge sowie homo- und bisexuelle Männer lehnen wir ab.

Antragsbereich C/ **Antrag 9**

*Antragsteller: Schwusos Hessen-Nord*

*Empfänger:*

*SPD-Landesparteitag Hessen*

*Überweisung an Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK)  
Hessen*

## **Impulse für eine Akzeptanz fördernde Auseinandersetzung mit dem Thema Homosexualität auf dem Land setzen**

Vielen Jugendlichen, die ihre Homosexualität entdecken, fehlt es gerade in ländlichen Regionen nach wie vor an Beratungs- und Informationsmöglichkeiten. Dabei kommt insbesondere der kommunalen Jugendarbeit die Rolle zu, sich auch mit den Problemen dieser Jugendlichen auseinanderzusetzen. Hier kann bei der Persönlichkeitsfindung geholfen werden, um so Ängsten, bis hin zu Selbstmordgedanken, entgegen wirken zu können.

Dazu ist es notwendig, dass das Thema Homosexualität in der kommunalen Jugendarbeit nicht nur als Problemfall und Sonderthema verstanden wird, sondern deutlich gemacht wird, dass man sich als schwuler Junge oder lesbisches Mädchen



10 nicht verstecken muss, sondern offen zu sich stehen kann. Dabei darf natürlich nicht  
übersehen werden, dass es nach wie vor Vorurteile und Ablehnung bis hin zu  
körperlicher Gewalt gibt.

15 Kommunale Jugendarbeit muss hier durch Aufklärung über homosexuelles Leben  
einerseits helfen Vorurteile abzubauen und andererseits schwule und lesbische  
Jugendliche bei ihrem Coming-Out unterstützen und entsprechend beraten bzw.  
Beratungsangebote vermitteln.

20 Um dies zu ermöglichen, bedarf es einer gezielten Weiterbildung im Bereich der  
kommunalen Jugendpflege und dem Ausbau der entsprechenden Beratungsangebote,  
gerade auch in ländlichen Regionen. Dabei sollten sich diese Beratungsangebote auch  
an Jugendgruppenleiter wenden, die beispielsweise Jugendliche in Sportvereinen  
betreuen. Auch hier besteht erheblicher Weiterbildungsbedarf.

25 Wir fordern deshalb bei den Weiterbildungsmaßnahmen in der kommunalen  
Jugendarbeit diesen Themenbereich stärker zu berücksichtigen und entsprechende  
Beratungsangebote auf der Ebene der Landkreise aufzubauen.

Antragsbereich C/ **Antrag 14**

*Antragsteller: Bezirk Hessen-Süd*

*Empfänger:*

*SPD-Landtagsfraktion*

*Überweisung als Material an SPD-Landtagsfraktion*

## **Nein zur weiteren Privatisierung der Gesundheitsversorgung in(Süd)Hessen**

1. Wir wollen in Hessen eine öffentlich garantierte Gesundheitsversorgung, bei der  
nicht Gewinninteressen, sondern das Wohl der Patienten im Mittelpunkt steht. Die  
weitere Privatisierung von Kliniken lehnen wir ab.

5 2. Der Parteitag stellt fest, dass die vom Ministerpräsidenten als seine persönliche Initiative dargestellte Übernahme der Rhön Kliniken AG gescheitert ist.

10 3. Der Parteitag stellt fest, dass die Landesregierung durch unbedachte Äußerungen wie die der Wissenschaftsministerin, alles sei besser als der derzeitige Partner Rhön Kliniken AG, die Handlungsmöglichkeiten des Landes weiter beschränkt und das Verhältnis zum Miteigentümer des Universitätsklinikums Gießen und Marburg (UKGM) ohne Not beschädigt hat.

15 4. Der Parteitag fordert die Landesregierung auf, darzulegen, wie sie die Zukunft des Universitätsklinikums Gießen und Marburg sieht und wie sie insbesondere ihre Ankündigungen, den Personalabbau zu stoppen, in die Tat umsetzen will.

20 5. Der Parteitag stellt fest, dass unabhängig von der zukünftigen Trägerschaft, z.B. bei Scheitern des Übernahmeversuchs, folgende Forderungen zur Neuausrichtung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg erfüllt werden müssen:

20 \* Hochschulmedizin dient vorrangig den Erfordernissen von Forschung und Lehre. Deshalb muss die UKGM als gemeinnützige Gesellschaft geführt werden. Erwirtschaftete Überschüsse müssen vollständig im Betrieb reinvestiert werden.

25 \* Die inzwischen gewachsene Zusammenarbeit der Standorte Gießen und Marburg mit Profilierung als eines der größten Universitätsklinika Deutschland war ein Erfolg und soll weiterentwickelt und ausgebaut werden. Grundlage bleibt die sog. „Quertapete“.

30 \* Für den weiteren Erfolg ist die Etablierung einer Leitungsstruktur erforderlich, in welcher wissenschaftliche, klinische und ökonomische Kompetenzen zusammengeführt werden.

35 \* Erforderlich ist eine deutliche Stärkung des Einflusses des Landes/HMWK auf die strategische Steuerung des UKGM auch dann, wenn ein Rückkauf (z.B. bei gescheiterter Übernahme) nicht möglich ist. Dazu gehören • Definition und vertragliche Fixierung der „Sonderstellung/Flaggschiff-Funktion“ des UKGM in dem Klinikverbund

40 \* Zugang zu den operativen Zahlen, zumindest durch den Rechnungshof, sowie ein Zustimmungserfordernis durch das Land bei allen für Forschung und Lehre relevanten Entscheidungen

\* Hinterlegung eines Konzeptes zur Schaffung eines wechselseitigen Mehrwertes aus

der Integration eines Universitätsklinikums in einen großen Klinikverbund

45 \* Erforderlich sind zudem gesetzliche oder vereinbarte, allgemeine Personalstandards für alle patientenrelevanten Bereiche, die den Besonderheiten der Universitätsmedizin angemessen sind. Diese sind regelmäßig weiter zu entwickeln.

50 \* Die Wiederaufnahme des UKGM in die finanzielle Förderung des Landes (Investitionsförderung) ist nur möglich, wenn im Gegenzug erweiterte Kontroll- und Beteiligungsrechte für das Land vertraglich verbindlich geregelt werden.

6. Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, eine realistische Konzeption für eine künftige Träger- und Finanzierungsstruktur vorzulegen, die Bestandteil des Landtagswahlprogramms sein soll.

55

Antragsbereich C/ **Antrag 16**

*Antragsteller: Unterbezirk Odenwaldkreis  
(Bezirk Hessen-Süd)*

*Empfänger:*

*SPD-Landesparteitag Hessen*

*SPD-Landesvorstand*

*Überweisung als Material an SPD-Landesvorstand*

## **Zukunft der Alterssicherung**

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

Der SPD Landesverband Hessen begrüßt den Beschluss des Parteikonvents zur Rentenpolitik. Allerdings fordert sie in folgenden sechs Bereichen Veränderungen:

- 5 1. Einen gesetzlichen Mindestlohn von 10,-- Euro mit jährlicher Anpassung an Preissteigerungsraten,
  2. den abschlagsfreien Zugang zur Rente mit 45 Versicherungsjahren im Sinne des geltenden Rechts zu präzisieren,
  - 10 3. keine neuen "Riester-Verträge" zu fördern und das dadurch frei gewordene Finanzvolumen zur Förderung von Betriebsrenten zu verwenden,
  4. Betriebsrenten für alle Betriebe verpflichtend und Einführung eines Umlagesystems nach dem Vorbild der ZVK des Baugewerbes,
  - 15 5. die Festschreibung des derzeitigen Rentenniveaus auf Dauer und
  6. den abschlagsfreien vorzeitigen Rentenzugang nach langjähriger Berufstätigkeit mit außergewöhnlicher physischer und / oder psychischer Belastung (z.B. Schichtarbeit).
  - 20
- Darüber hinaus fordert der SPD-Landesverband Hessen eine Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung, die dann in einzelnen Schritten zur Erwerbstätigenversicherung, zur Integration der Sonderversorgungssysteme und schließlich zu einer alle Bürgerinnen und Bürger umfassenden Rentenversicherung
- 25 ausgebaut werden soll.

Antragsbereich C/ **Antrag 17**

*Antragsteller: Jusos Hessen-Süd*

*Empfänger:*

*SPD-Landesparteitag Hessen*

*Überweisung als Material an SPD-Landesvorstand*

## **Keine staatliche Förderung der Riester- und Rüruprente**

### **Der Parteitag möge beschließen:**

1. Die SPD möge sich für ein sofortiges Ende der staatlichen Förderungen von Riester- und Rüruprenten einsetzen. Dies würde bedeuten, dass keine neuen staatlichen Fördermittel für Riester- und Rüruprenten zur Verfügung gestellt werden dürfen.  
5
2. Für Altverträge muss überprüft werden, ob rechtliche Ansprüche seitens der Kund\*innen auf Weiterführung der Subvention bestehen könnten. Falls manche Sparer\*innen ihre Verträge weiterführen möchten, muss dies jedoch ohne direkte staatliche Förderung geschehen.  
10
3. Für Sparer\*innen muss die Möglichkeit geschaffen werden, die bisherigen verbliebenen Ersparnisse aus Riester- oder Rürup-Verträgen in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen und dadurch die eigenen Rentenansprüche zu verbessern (zusätzliche Entgeltpunkte zu erwerben).  
15
4. Die überschüssigen staatlichen Gelder werden stattdessen für eine gezielte Aufstockung der gesetzlichen Rentenversicherung ausgegeben. Insbesondere müssen die Gelder für eine Rentenaufstockung von Geringverdienern und unteren

20 Einkommensschichten ausgegeben werden.

### **3.3. Energiepolitik**

Antragsbereich D/ **Antrag 2**

*Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord*

*Empfänger:*

*SPD-Bundesparteitag*

*SPD-Bundestagsfraktion*

*SPD-Landtagsfraktion*

*Überweisung als Material an SGK Hessen*

**Stoppt das Schlechtreden der Energiewende**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wir fordern unsere Funktionäre auf, vor allem in den Kommunal- und Landesparlamenten sowie im Bundestag, sich öffentlich und im Rahmen des politischen Streites eindeutig gegen den momentan stattfindenden Versuch zu stellen, die Energiewende schlechtzureden. Stattdessen muss der politische Gestaltungsraum dazu genutzt und Lösungen angestrengt werden, welche den gesellschaftlich akzeptierten und gewollten Umstieg auf Erneuerbare Energien (EE) so effektiv, sozial, demokratisch und kosteneffizient wie möglich zu gestalten. Dabei sollen auch die Vorteile und positiven Effekte von Erneuerbaren Energien in die öffentliche Wahrnehmung transportiert werden.

Das Instrument für diesen Umstieg, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), löste im Jahr 2000 das Stromeinspeisungsgesetz ab und ermöglichte erstmalig verlässliche planerische Rahmenbedingungen für den Bau und Betrieb von Erneuerbaren-Energien-Anlagen (EEA). Diese Planungssicherheit fußte auf zwei Bestandteilen: Zum einen auf der festen Einspeisevergütung (xy Cent je Kilowattstunde) für einen festgelegten Zeitraum und zum anderen auf der Abnahmegarantie, also der vorrangigen Einspeisung von erneuerbarem Strom. Gerade diese Säulen bildeten die Grundlage für den massiven Ausbau der Erneuerbaren-Energien-Kapazitäten und das wirtschaftliche Wachstum der Branche, deren Unternehmen im Jahr 2000 noch 100.000 Angestellte beschäftigten, diese MitarbeiterInnenzahl bis zum Jahr 2011 auf über 380.000 steigerten und voraussichtlich bis zum Jahr 2020 eine halbe Millionen Arbeitsplätze anbieten können.

Die garantierte Einspeisevergütung wird über die EEG-Umlage von den meisten Stromverbrauchern mitgetragen. Und genau hier liegt bereits der erste Konstruktionsfehler: Die Freistellung von der EEG-Umlage für über 600 Unternehmen, welche viel Strom verbrauchen und angeblich im internationalen Wettbewerb stehen. Für manche Branchen mag das Sinn machen, für die meisten Unternehmen sollten die politischen Anreize aber eher so gesetzt werden, dass sie ein (Eigen-)Interesse daran entwickeln, ihre Stromnutzung bei Fertigungs- und Produktionsprozessen oder auch im MitarbeiterInnenverhalten weiterzuentwickeln. Von der großzügigen Ausnahmeregelung sollten ursprünglich hauptsächlich Zementhersteller, Aluminiumhütten und Stahlproduzenten profitieren. Gerade diese profitieren mittlerweile aber zusätzlich noch von sehr günstigen Börsenpreisen für Strom. Außerdem ist es wirklich fraglich, warum beispielsweise Schlachthöfe, Tierfutterhersteller, Mineralwasserabfüller oder Milchbetriebe von der Umlage befreit

sind und dafür alle anderen Verbraucher mehr zahlen müssen.

40 2. Daher fordern wir, sich dafür einzusetzen, dass die Freistellungsmöglichkeiten von  
der EEG-Umlage kritisch überprüft werden und dafür zu sorgen, dass die Kosten der  
Energiewende auch von allen Unternehmen und Großverbrauchern mitgetragen  
werden und nicht nur von einer willkürlichen Auswahl und den Privatverbrauchern.  
Deswegen fordern wir, die besondere Ausgleichsregelung (§ 40ff. des Erneuerbaren-  
45 Energie-Gesetzes 2012) – außer für den ÖPNV – zu streichen.

Dass die EEG-Umlage aber nötig war, damit Erneuerbare Energien überhaupt eine  
Chance gegen die über Jahrzehnte und auch aktuell noch sehr stark subventionierten  
konventionellen Energieträger haben, am Markt Fuß zu fassen und sich  
50 weiterzuentwickeln, zeigt die Erfolgsgeschichte der letzten zwölf Jahre. Der Anteil  
Erneuerbarer Energien an der Stromversorgung ist von 6,4 % im Jahr 2000 auf über 20  
% im Jahr 2012 angestiegen. Dies hat zu einem massiven Preisverfall an der  
Strombörse geführt, weshalb die Differenz zwischen Börsenpreis und garantierter  
Einspeisevergütung immer höher wird und die EEG-Umlage zum Ausgleich dieser  
55 Differenz (zusätzlich zur wachsenden Menge des zu vergütenden Stroms) immer weiter  
steigt (zum Jahr 2013 von 3,6 auf 5,4 Cent je Kilowattstunde). Das Kuriose daran ist  
also die Tatsache, dass zwar die Börsenpreise für Strom weiter sinken (dabei hat  
alleine die zunehmende Verfügbarkeit von Solarstrom im Jahr 2012 zu sinkenden  
Strompreisen an der Börse von mehr als 5 Mrd. Euro geführt), diese aber nicht an die  
60 Endkunden weitergegeben werden und die Endkunden stattdessen noch zusätzlich für  
die höhere EEG-Umlage aufkommen müssen. Die Konstruktion des EEG führt also  
dazu, dass bei sinkenden Strompreisen an der Börse, die Differenz von garantierter  
Vergütung zu erzielten Börsenpreisen immer größer wird und daher – wie im  
Teufelskreis – auch die EEG-Umlage immer stärker ansteigt. Diese wird allerdings von  
den Endkunden getragen, wohingegen die Stromkonzerne die günstigen Börsenpreise  
65 und damit verbundenen hohen Gewinnspannen abgreifen. Dieser Konstruktionsfehler  
könnte über folgende Verpflichtung zur Anpassung an die Börsenpreisentwicklung  
behoben werden.

70 3. Wir fordern die SPD dazu auf, eine Gesetzesinitiative auf Bundesebene  
anzustrengen, um Stromkonzerne zu verpflichten, die kostensparenden und  
preissenkenden Effekte von Erneuerbaren Energien, welche sich in günstigen  
Strompreisen an den Spotmärkten bemerkbar machen, an die Endkunden weitergeben  
zu müssen. Realisiert werden könnte diese Verpflichtung über eine monatliche oder  
halbjährige Strompreisanpassung an die Börsenpreisentwicklung an der European



75 Energy Exchange (EEX) in Leipzig bzw. eine darauf basierende Ausgleichszahlung, welche die Stromkonzerne an ihre Kunden entrichten müssen.

Dies sollte aus zweifacher Hinsicht geschehen: Erstens tragen alle privaten Stromendkunden den Ausbau Erneuerbarer Energien über die EEG-Umlage finanziell mit und sollten daher auch als erste von durch EE zu verantwortende Strompreis  
80 senkende Effekte profitieren. Zweitens würde durch einen an die Endkunden weitergebener Börsenpreis für Strom dazu führen, dass die preisstabilisierenden Effekte von Erneuerbaren Energien auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden und sich die Meinung über den weiteren Ausbau von EE positiver als bisher gestalten  
85 würde.

Während nämlich die Energieimportkosten in Deutschland in den Jahren von 2004 bis 2012 von 37 Mrd. Euro auf 98 Mrd. Euro (+ 165 %), hauptsächlich aufgrund der  
90 dramatischen Preisanstiege für Öl, Gas und Kohle, angewachsen sind und die damit verbundenen Kostensteigerungen nahezu ohne Widerstand und große Diskussion von den Energiekonzernen auf alle Verbraucherinnen und Verbraucher abgewälzt werden konnten, hat sich – transportiert durch die meisten Massenmedien – in der Öffentlichkeit ein Meinungsbild eingestellt, welches den Ausbau von Erneuerbaren Energien alleine für die Stromkostensteigerungen verantwortlich zeichnet. Dieser  
95 ersten hartnäckigen Behauptung, also dass die Energiewende zu steigenden Strompreisen führt, könnte über obigen Vorschlag begegnet werden. Dadurch kämen die eigentlichen Wirkungen, nämlich Preissenkenden- bzw. stabilisierenden Effekte, auch bei den EndverbraucherInnen.

Dem zweiten Behauptung, dass die Energiewende nicht ohne Off-Shore-Windparks  
100 und dem damit verbundenen Bau von Höchstspannungsleitungen durch ganz Deutschland oder sogar Europa auskommt, muss ebenso Einhalt geboten werden. Das einzige, was Off-Shore-Windparks können, ist die Energiewende zu verlangsamen und zu verteuern. Dies sieht man zum einen an den technischen Problemen und zum anderen am Leitungsbau, der zum Abtransport des Stroms nötig wäre. Mit der On-  
105 Shore-Windenergie oder Photovoltaik-Freiflächenanlagen auf Konversionsflächen (also z.B. ehemaligen Truppenübungsplätzen) stehen viel günstigere Alternativen zu Verfügung, bei deren Bau auch noch höherwertige Organisationsmodelle entwickelt und erprobt werden könnten. Auf diesem Weg könnten viele BürgerInnen über Energiegenossenschaften oder Crowdfunding vom Betrieb profitieren und ihn auch  
110 demokratisch mitgestalten. Wohingegen den Bau von Off-Shore-Windparks nur finanzstarke Großkonzerne über vergünstigte Kredite (quasi Extrasubventionen) und

eine hohe Einspeisevergütung realisieren können. Diese sind aber nicht der Region und den Menschen vor Ort, sondern nur ihren Aktionären verpflichtet.

115 4. Daher fordern wir, sich weiterhin stark zu machen für eine dezentrale Energiewende. Dazu zählt der Widerstand gegen die Einführung eines flexiblen Zahlungsbeginns der  
Einspeisevergütung, eine Deckelung der Abnahmegarantie, weiteren unkalkulierbaren  
und drastischen Vergütungskürzungen, oder gar einer Rückzahlung von bereits  
120 gezahlten EEG-Vergütungen. Stattdessen soll sich die SPD für die Umsetzung von  
Maßnahmen einsetzen, die Planungssicherheit schaffen und eine kosteneffiziente sowie  
von den BürgerInnen getragene Energiewende befördern.

#### 4.1 Raum für Windkraft an Land

125 In ganz Deutschland gibt es auf dem Festland ausreichend Raum für Windkraft. Wenn  
jedes Bundesland auf nur 2 % seiner Fläche Raum für Windkraft schaffen würde,  
könnte so über 50 % des Strombedarfs für Deutschland erzeugt werden – ganz ohne  
Off-Shore-Parks.

• Da die Kommunen die regionale Wertschöpfung mit der Nutzung von  
130 Windkraft steigern können (durch Gewerbesteuer, Pacht bzw. Erträge aus  
eigenem Betrieb), haben sie ein eigenes Interesse am verträglichen Ausbau der  
Windkraft. Die Verantwortung hierfür sollte daher in die Hände der Gemeinden  
und ihre Flächennutzungsplanung gelegt werden. Den Ländern muss die  
Kompetenz entzogen werden, mit Regionalplänen die Windkraft abschließend  
135 zu steuern und ganze Gemeinden zu Ausschlussgebieten zu erklären. Dazu  
muss den Regionalplänen mit den darin enthaltenen Zielen der Raumordnung  
die Verhinderungswirkung gegenüber der Windkraft genommen werden. Durch  
diesen Freiraum zur kommunalen Selbstbestimmung würde in kurzer Frist und  
in Abstimmung mit den Bürgern ausreichend Raum für Windkraft an Land  
140 entstehen.

(Maßnahme: Änderung des Baugesetzbuches § 35 Abs. 3)

• Die Ausweisung absoluter Windkraft-Ausschlussflächen in Regionalplänen soll  
145 untersagt werden; außerhalb von Vorranggebieten konkurriert die Windkraft  
mit allen anderen Nutzungen nach Maßgabe der Gesetze (z. B. Lärm- und  
Artenschutz), wodurch u. a. Abstände großer Windkraftanlagen zu  
Siedlungsgebieten sichergestellt werden.

(Maßnahme: Änderung des Raumordnungsgesetzes)

- 150
- Die Abstandsregelungen und Höhenbegrenzungen sowie Sonderregelungen für Windenergieanlagen in Wäldern sollen natur- und artenschutzrechtlichen Standards gemäß dem aktuellen Stand der Wissenschaft genügen und die Bevölkerung vor übermäßiger Belastung schützen. (Maßnahme: Änderung des Raumordnungsgesetzes)

#### 155 4.2 Smart grids für eine sichere erneuerbare Energieversorgung

- 160
- Die zentrale Herausforderung für die laufende und zu beschleunigende, dezentrale Energiewende ist im Hinblick auf den Netzausbau die Verstärkung der Ortsnetze und ihre Umgestaltung zu intelligenten Stromnetzen, sog. smart grids. So kann die verstärkte dezentrale Einspeisung mit dem dezentral stattfindenden Energieverbrauch wirksam ausgeglichen werden. Unnötige Investitionen in den Ausbau großer Trassen (Übertragungsnetze) sollen zugunsten von Investitionsbudgets für Ortsnetze (Nieder- und Mittelspannung) eingespart werden. Dies ist auch deshalb notwendig, weil vielerorts bereits heute Engpässe bei den Einspeisekapazitäten auftreten und manch kleinere Windparks deshalb nicht umgesetzt werden können (weil die zu errichtenden Stromtrassen bis zur nächsten Einspeisemöglichkeit zu teuer sein und Windparks unwirtschaftlich machen können). (Maßnahmen: Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und der Anreizregulierungsverordnung)
- 165
- 170

#### 4.3 Eine-Million-BHKW-Programm für eine sichere erneuerbare Energieversorgung

- Eine Million Blockheizkraftwerke (BHKW) sollen bis 2015 auf der Basis zinsbegünstigter Kredite in den Markt gebracht werden, um damit 20 Großkraftwerke zu ersetzen und durch dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung die Verschwendung von Erdgas in reinen Heizungsanlagen zurückzuführen. (Maßnahme: KfW-Programm)
- 175
- Mit Erdgas betriebene BHKWs dürfen nur noch gebaut werden, wenn sie sowohl Strom wie auch Wärme produzieren und die Wärmeabnahme nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz sichergestellt ist. (Maßnahme: Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes)
- 180

#### 4.4 Speicherausbau für eine sichere erneuerbare Energieversorgung

- 185
- Einführung eines „Speicherbonus“ im Rahmen des EEG als Anreiz für

Investitionen zur Stromspeicherung; hierzu zählen auch E-Mobile, die teilweise als Speicher eingesetzt werden.  
(Maßnahme: Änderung des EEG)

190 • Besonderes Förderprogramm für Start-Ups auf der Basis zinsgünstiger Kredite für die Entwicklung von innovativen Speichertechnologien. Zusätzlich könnte ein bundesweiter Speicherwettbewerb mit entsprechend hohem Preisgeld ausgerufen werden, um weitere Innovationen zu begünstigen, zu belohnen und auch in der Öffentlichkeit bekannter zu machen.

195 • Besonderes Förderprogramm auf der Basis zinsbegünstigter Kredite für die „Power to Gas“-Technologie als vielversprechende Speichertechnologie wegen der Größe des vorhandenen Gasnetzes.  
(Maßnahme: KfW-Programm)

200 • Vorrang für Strom- und Gasspeicher sowie Geothermie gegenüber Kohlendioxid-Einlagerung (CCS); Untersagung der unterirdischen Kohlendioxid-Speicherung.  
(Maßnahmen: Änderung des Raumordnungsgesetzes; entsprechendes CCS-Gesetz)

205

#### 4.5 EEG fortentwickeln

Grundlage des „Vorbilds Deutschland“ bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen ist das EEG. Dieses muss EEG intelligent fortentwickelt werden. Die  
210 Wirtschaft braucht verlässliche Rahmenbedingungen für alle Arten der Erneuerbaren von der Wind- bis zur Wasserkraft und keine Stop-and-Go-Politik wie in den letzten Jahren spontaner drastischer Einschnitte. Das Vertrauen der neuen Träger in die Verlässlichkeit des EEG ist das Fundament für die dezentrale Energiewende. Die unerwartete Abschaffung von Vergütungstatbeständen (z.B. für Solarparks auf  
215 Ackerflächen) hat Kapital von Projektierern und Investoren vernichtet und die Energiewende verlangsamt. Eine verlässliche und langfristig vorgegebene Absenkung der Vergütung wirkt. Auf diese Weise kann die Photovoltaik bis zum Jahr 2015 Netzparität erreichen. Folgende Regelungen sind erforderlich:

220 • Das EEG darf nicht dazu benutzt werden, vorrangig und unausgewogen Großprojekte wie Off-Shore-Windparks oder große Biomasseanlagen zu fördern, sondern muss weiterhin der Stärkung klein- und mittelgroßer Betreiber und Stadtwerke dienen. Deshalb lehnen wir die Kürzung der Vergütung für

225 Windkraftanlagen an Land genauso ab wie die ungerechtfertigte Erhöhung für große Off-Shore-Windkraftprojekte. Diese Maßnahmen treiben die Kosten und schaden der Volkswirtschaft.

230 • Windkraftanlagen brauchen eine verlässliche Vergütung. Der Systemdienstleistungsbonus muss erhalten bleiben oder kompensiert werden. Ein maßgeschneiderter Tatbestand soll für Kleinwindkraftanlagen eingeführt werden. Die Vergütung für Repowering-Projekte soll attraktiver gestaltet werden.

235 • Die Solarvergütung soll vorhersehbar gestaltet werden und Anreize für Investitionen schaffen. Der Rückgang der Vergütung (Degression) soll sich am tatsächlichen Rückgang der Herstellungs- und Installationskosten einer Solaranlage orientieren. Ein sog. Deckel, der den Zubau durch Kontingente oder Quoten begrenzt, wird strikt abgelehnt.

#### 4.6 Regionale Wertschöpfung

240 • Zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen – vom ländlichen Raum bis zu den Städten und Metropolen – sollen die gesetzlichen Weichen so gestellt werden, dass durch die dezentrale Energiewende möglichst viel der lokal neu entstehenden Wertschöpfung bei den Menschen und der Wirtschaft vor Ort verbleibt. Standortgemeinden für Windkraftanlagen garantiert das Gewerbesteuergesetz schon heute 70 % der Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Den Gemeinden am Unternehmenssitz verbleiben 30 %. Um einen Anreiz für Städte und Gemeinden zur Förderung von Investitionen in Solarparks, Biogas-, Geothermie-, Kraft-Wärme-Kopplungs- und Wasserkraftanlagen zu setzen, soll die 70/30-Regelung – besser: eine 80/20-Regelung – für alle EE- und KWK-Anlagen eingeführt werden. (Maßnahme: Änderung des Gewerbesteuergesetzes)

250 • Die Landesparlamente sollen gesetzgeberisch dafür Sorge tragen, dass ein Kriterium der regionalen Wertschöpfung in kommunale Ausschreibungsprozesse einbezogen werden kann. Dadurch würde es Kommunen möglich, bei der Auftragsvergabe bzw. Partnerwahl die verschiedenen Optionen zur Realisierung von EE-Projekten daraufhin prüfen zu können, wovon die kommunale Wirtschaft und Bürgerschaft am meisten profitiert und sie sich bei der Gestaltungsqualität am hochwertigsten

260 Einbringen kann.

- Bei der Nutzung von Flächen in Eigentum der jeweiligen Landesforstämter für den Bau von EE-Anlagen sollen regionale Organisationslösungen für die Umsetzung bevorzugt werden. Dies sollte in allen Landesparlamenten  
265 beschlossen werden.

270 Anstatt also Maßnahmen zur weiteren Verlangsamung und einer Begrenzung des Ausbaus von EE sollte die Bundesregierung besser den steigenden Kosten für konventionelle Energieträger über verlässliche Rahmenbedingungen und ein gutes Investitionsklima für Erneuerbare Energien entgegensteuern. Beim sich jetzt zuspitzenden Kampf um die Ressourcen muss die Position der SPD klar sein: Unsere Demokratie braucht keine Bürgervertreter, die einzig nach den Interessen bestimmter Lobbyisten handeln, sondern sich vehement für Lösungen stark machen, die auf Demokratie, Teilhabe, Transparenz und Mitwelt-Verträglichkeit setzen.

Antragsbereich D/ **Antrag 3**

*Antragsteller: Unterbezirk Rheingau-Taunus  
(Bezirk Hessen-Süd)*

*Empfänger:  
SPD-Landesverband Hessen*

*Überweisung als Material an SGK Hessen*

## **Für die energet(h)ische Freiheit unserer Kommunen!**

Die hessische SPD wird gebeten, ein Sammel-Gutachten aller von der Novelle der Hessischen Gemeindeordnung (HGO, § 121, zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 16.12.2011; Ltg.-Drucksache 18/4816) betroffenen Kommunen und eine evtl. Klage gegen das Gesetz wegen Verletzung von Art. 28 GG (Grundrecht auf

5 kommunale Selbstverwaltung) zu unterstützen.

Antragsbereich D/ **Antrag 11**

*Antragsteller: Bezirk Hessen-Süd*

*Empfänger:*

*SPD-Bundestagsfraktion*

*Überweisung als Material an SPD-Bundestagsfraktion*

## **Keine Kartellbildung durch Öl- und Gaskonzerne!**

Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, das Kartellgesetz einer neuen Überprüfung zu unterziehen. Im Sinne der Schaffung von Transparenz muss ein Gesetz verabschiedet werden, welches Öl- und Gaskonzerne dazu verpflichtet, zu veröffentlichen wie sich die Preise zusammensetzen.

5 Sollte diese Preiszusammensetzung unnachvollziehbar oder unverhältnismäßig sein, müssen Sanktionen gegen ein solches Vorgehen beschlossen werden.

Antragsbereich D/ **Antrag 14**

*Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg  
(Bezirk Hessen-Nord)*

*Empfänger:  
SPD-Landesparteitag Hessen*

*Überweisung als Material an SPD-Landtagsfraktion*

## **Rohstoffe: Grundlage für Innovationen, Technikentwicklung und Wohlstand**

Der SPD-Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg sieht in einer zukunftsorientierten Rohstoffpolitik die Grundlage für Innovationen, Technikentwicklung und Wohlstand. Grundlage einer zukunftsorientierten Rohstoffpolitik ist die Optimierung der Gewinnung, die ressourcenschonende Weiterverarbeitung sowie die vorausschauende  
5 Verwendung mit Blick auf die Wiederverwertbarkeit (Recyclingfähigkeit). Dazu gehört auch und gerade der Einsatz energiesparender und damit umweltfreundlicher Technologien.

Der Landkreis Hersfeld-Rotenburg bietet mit seinen aus einem einstmaligen Meer  
10 entstandenen unterirdischen Salz-Lagerstätten Rohstoffe für die weltweite Nahrungsmittelproduktion in Form von Düngemitteln, zudem Spezialprodukte für die chemische und pharmazeutische Industrie. Im Landkreis Hersfeld-Rotenburg wird aus diversen oberflächennahen Lagerstätten Sandstein, Kalkstein, Tonstein, Ton, Grauwacke, Gipsstein und Kiessand gewonnen. Zudem gibt es untertägig  
15 abzubauen Kupfer- und Schwerspatlagerstätten, deren Abbau jedoch eingestellt wurde.

Als waldreichster Landkreis Nord- und Mittelhessens (45,6 % der Fläche), als Landkreis mit landwirtschaftlicher Nutzfläche (41,7 % der Fläche), die nicht allein für die Nahrungsmittelgewinnung genutzt wird, als Landkreis mit größeren Fließgewässern,  
20



namentlich der Fulda und Werra und deren Zuflüssen, sowie sauberen Grundwasservorkommen ist Hersfeld-Rotenburg eine der Regionen, die für Menschen seit Jahrtausenden eine Lebensgrundlage bietet.

- 25 Mit Blick auf die Energieversorgung kommt neben den traditionellen Rohstoffen aus der Forst- und Landwirtschaft den Möglichkeiten der Solarthermie und Photovoltaik sowie ganz besonders der Windkraft eine große Bedeutung zu.

Wertschöpfung in Hersfeld-Rotenburg aus Rohstoffen bedeutet Weiterverarbeitung und Arbeitsplätze.

### **3.4. Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz**

Antragsbereich F/ **Antrag 8**

*Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Land  
(Bezirk Hessen-Nord)*

*Empfänger:  
SPD-Landesparteitag Hessen  
SPD-Landtagsfraktion*

*Überweisung als Material an SPD-Landtagsfraktion*

#### **Dichtigkeitsprüfung privater Abwasserkanäle**

Die rechtlichen Vorgaben des Landes Hessen zur Zustandskontrolle privater Abwasserkanäle sind dahingehend zu ändern, dass der Nachweis, ob die privaten Hausanschlüsse den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechen, nur bei

Neubau von Abwasseranlagen verlangt wird. Eine Kontrolle bestehender  
5 Abwasserleitungen ist nur zu verlangen, wenn ein begründeter Verdacht auf Boden-  
und Grundwasserverunreinigung besteht.

Darüber hinaus sollen § 37 HWG und die EKVO dahingehend geändert werden, dass  
die Städte und Gemeinden bzw. Verbände, denen die Abwasserbeseitigung übertragen  
10 wurde, von der Überwachungspflicht der Zuleitungskanäle im Bereich der  
Grundstücksentwässerungsanlagen entbunden werden.

### **3.5. Bildung und Wissenschaft**

Antragsbereich G/ **Antrag 5**

*Antragsteller: Ortsverein Frankfurt Ginnheim  
(Bezirk Hessen-Süd)*

*Empfänger:  
SPD-Landesverband Hessen  
SPD-Landtagsfraktion*

*Überweisung als Material an die SPD-Landtagsfraktion*

### **Aus der Finanzkrise lernen. Unseren Schülerinnen und Schülern notwendiges Wissen vermitteln!**

Die SPD sieht den Reformbedarf in Bezug auf die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht nur auf den Bereich der ordnungspolitischen Gesetzgebung beschränkt. Vielmehr ist für uns klar, dass wir die Kompetenz der Verbraucherinnen und Verbraucher dahingehend stärken müssen, die Mechanismen von Bank- und Finanzgeschäften  
5 besser zu verstehen.

Für uns Sozialdemokraten ist es von hoher Bedeutung, dass unsere Schülerinnen und Schüler die Grundzüge der modernen Finanz- und Wirtschaftswelt verstehen und Kompetenzen dahingehend entwickeln, die Sinnhaftigkeit angebotener Geschäfte und  
10 Verträge auf die eigene Lebenssituation kritisch zu hinterfragen und beurteilen zu können.

Daher werden der Landesverband der SPD Hessen und die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag beauftragt, die in der Schule vermittelten Lehrinhalte im Fach  
15 Politik und Wirtschaft dahingehend weiter zu entwickeln, die Kompetenz aller Schülerinnen und Schüler in den grundlegenden Bank- und Finanzgeschäften bis zum Ende der zehnten Jahrgangsstufe zu stärken.

Antragsbereich G/ **Antrag 6**

*Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Land  
(Bezirk Hessen-Nord)*

*Empfänger:  
SPD-Landesparteitag Hessen  
SPD-Landtagsfraktion*

*Überweisung als Material an die Sozialdemokratische Gemeinschaft für  
Kommunalpolitik (SGK) Hessen*

### **Ausbildungssituation in den Landratsämtern**

Die Landtagsfraktion der SPD wird aufgefordert, sich für die Verbesserung der Situation der Auszubildenden in den Landratsämtern einzusetzen, so dass die Auszubildenden unbefristet und in der richtigen Entgeltgruppe übernommen werden.

Antragsbereich G/ **Antrag 8**

*Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Land  
(Bezirk Hessen-Nord)*

*Empfänger:  
SPD-Landesparteitag Hessen  
SPD-Landtagsfraktion*

*Überweisung als Material an Landtagsfraktion*

## **Gleiche Chancen für alle ! - Lernmittelgleichheit garantieren**

Wir fordern, dass Schülerinnen und Schüler, die denselben Abschluss anstreben und die gleichen Prüfungen ablegen müssen, in gleicher Art und Weise gefördert werden. Hierzu sind als Grundlage identische Schulbücher erforderlich.

- 5 Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, ein Modell zu entwickeln, das allen Schülern gleiche Lernchancen durch einheitliche Lernmittel sichert.

Initiativantrag InA2

*Antragsteller: Jusos-Hessen*

*Überwiesen an den Landesvorstand*

## **Plurale Ökonomik**

Der offene Brief des Netzwerks Plurale Ökonomik wird unterstützt und die Landtagsfraktion soll sich für die Forderungen dieses offenen Briefes und eine dahingehende Änderung des Hochschulgesetzes stark machen.

Anlage:

Der offene Brief

Göttingen, den 11. September 2012

Sehr geehrter Vorsitzender, liebe Mitglieder des Vereins für Socialpolitik

Wir, Studierende und Lehrende der Volkswirtschaftslehre an über 50 Hochschulen im deutschsprachigen Raum, wollen hiermit auf den alarmierenden Zustand unseres Faches aufmerksam machen und konstruktiv an der Neugestaltung der Volkswirtschaftslehre mitwirken.

Jahrzehntelanger Glaube an die selbstregulierenden Kräfte des Marktes, der vorherrschende Modellplatonismus, mangelnde Selbstreflexion und fehlende Methoden- und Theorienvielfalt haben nicht nur unser Fach in eine Sackgasse geführt: die Einseitigkeit ökonomischen Denkens trägt auch zur anhaltenden Wirtschaftskrise und der damit einhergehenden Perspektivlosigkeit bei.

ÖkonomInnen haben im öffentlichen Diskurs großen Einfluss: Sie schalten sich durch zahlreiche Forschungs- und Beratungsinstitute sowie den Sachverständigenrat in gesellschaftliche Entscheidungsprozesse ein. Als oft zitierte ExpertInnen tragen sie so die Einseitigkeit des derzeitigen ökonomischen Denkens in die Gesellschaft. Dabei haben wir als ÖkonomInnen eine große gesellschaftliche Verantwortung. Dieser können wir nur gerecht werden, wenn wir die Volkswirtschaftslehre erneuern, indem wir einen pluralistischen Blick auf wirtschaftliche Probleme entwickeln.

Wir rufen alle Lehrenden und Studierenden auf, an der Neugestaltung unseres Faches mitzuwirken und in Forschung und Lehre folgende Grundsätze zu berücksichtigen.

## **Grundsätze zur Neugestaltung der Volkswirtschaftslehre**

### **1. Theorienvielfalt statt geistiger Monokultur**

Der Schwerpunkt der derzeitigen Lehre und Forschung liegt auf Varianten neoklassischer Grundmodelle. Für Forschung und Lehre jenseits dieser Spielarten ist an deutschen Hochschulen zu wenig Platz. Diese „geistige Monokultur“ schränkt die ökonomische Analyse ein und macht sie fehleranfällig. Wir fordern ein kritisches Miteinander unterschiedlicher Theorien. Die Volkswirtschaftslehre ist

eine Sozialwissenschaft und muss – wie andere Sozialwissenschaften auch – vielfältige theoretische Ansätze beherbergen. Vielversprechende, aber derzeit weitestgehend vernachlässigte Ansätze sind beispielsweise: Alte Institutionenökonomik, Evolutorische Ökonomik, Feministische Ökonomik, Glücksforschung, Marxistische Ökonomik, Ökologische Ökonomik, Postkeynesianismus und Postwachstumsökonomik.

## 2. Methodenvielfalt statt angewandter Mathematik

Die Mathematisierung der Ökonomik hat dazu geführt, dass die Lehre zur angewandten Mathematik verkommen ist. Die Mathematik darf für ÖkonomInnen nur ein Mittel und niemals ein Selbstzweck sein. Sie soll Teil eines bunten Fächers an Methoden in Forschung und Lehre der Ökonomik sein. Für die Forschung bedeutet dies unter anderem inter- und transdisziplinäre Fallstudien, Theorienvergleiche, Interviews, Fragebögen, teilnehmende Beobachtung, Simulationsmodelle und Diskursanalyse. Die Lehrmethoden müssen beispielsweise durch plurale Lehrbücher, Kleingruppenarbeit, Projektseminare, inter- und transdisziplinäre Veranstaltungen, Fallstudien sowie das Studium von Primärtexten erweitert werden.

## 3. Selbstreflexion statt unhinterfragter, normativer Annahmen

Zu oft werden die grundlegenden Annahmen der Volkswirtschaftslehre weder explizit dargelegt noch hinterfragt. Dabei sind diese Annahmen oft nicht nur deskriptiver, sondern auch normativer Natur. Letztendlich wohnen jeder volkswirtschaftlichen Analyse gewisse Werturteile inne. Ihre Reflexion ist ein notwendiger Teil wissenschaftlichen Arbeitens. Besonders die Mathematisierung der Ökonomik führt zu einer Verschleierung der Werturteile und so zu einer vermeintlichen Rationalisierung politischer Programme. Trotz aller Versuche sie durch Mathematik als solche zu definieren, ist die Volkswirtschaftslehre keine Naturwissenschaft.

Des Weiteren müssen Studierende der VWL stärker für die historischen und kulturellen Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns sensibilisiert werden. Nur wer sich der Komplexität der Realität bewusst ist, kann wissenschaftliche Modelle richtig anwenden. Nur so besteht keine Gefahr, Modelle mit der Realität zu verwechseln. Hierfür müssen alle ÖkonomInnen die Geschichte ihres Faches

und die wissenschaftstheoretischen Grundlagen kennen. Lehrveranstaltungen über die Geschichte des ökonomischen Denkens und Wissenschaftstheorie müssen daher Teil des Curriculums sein. Als größte Vereinigung von WirtschaftswissenschaftlerInnen im deutschsprachigen Raum sehen wir Sie in der Pflicht, unsere Kritik ernst zu nehmen und gemeinsam mit uns folgende Forderungen umzusetzen.

### Forderungen

1. Theorienvielfalt in Forschung und Lehre.
2. Methodenvielfalt in Forschung und Lehre.
3. Erweiterung des Curriculums um Lehrveranstaltungen zur Geschichte des ökonomischen Denkens, Wissenschaftstheorie und interdisziplinäre Veranstaltungen.
4. Integration pluraler Lehrbücher in das Studium.
5. Abkehr von Thomson Reuters Impact Factor als alleinigem Maßstab für gute Forschung.
6. Besetzung von mindestens 20 % der Lehrstühle mit heterodoxen ÖkonomInnen.

Um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen, werden wir für Transparenz sorgen. Auf der Homepage [www.plurale-oekonomik.de](http://www.plurale-oekonomik.de) dokumentieren wir, inwieweit die Organisation des Studiums an unseren Universitäten den gestellten Forderungen Rechnung trägt.

Hochachtungsvoll, besorgte Studierende und Lehrende der Volkswirtschaftslehre



### **3.6. Kommunal- und Regionalpolitik**

Antragsbereich J/ **Antrag 2**

*Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord*

*Empfänger:*

*SPD-Landesparteitag Hessen*

*SPD-Landtagsfraktion*

*Überweisung als Material an die SPD-Landtagsfraktion*

#### **Innerstädtischer Leerstand und Leerstand im ländlichen Raum**

Die hessische SPD-Landtagsfraktion, alle SPD-Kreistagsfraktionen in Hessen, sowie alle SPD-Gemeindefraktionen in Hessen werden aufgefordert, dem zunehmenden Problem von innerstädtischen Leerstand und Leerstand im ländlichen Raum entgegen zu steuern.

5

Dazu fordern wir die Ausweitung des hessischen Dorferneuerungsprogramms, welches durch Investitionen in die Dorfkerne den zunehmenden Leerstand in den Kommunen entgegen wirkt. Kommunen soll somit die Möglichkeit gegeben werden ihre Dorfkerne zu beleben und somit attraktiver für Bewohner und Wirtschaft zu werden. Dies kann

10 nur realisiert werden, wenn die Entwicklung regionaler Konzepte zur Bekämpfung von Leerstand gefördert und gefordert wird

Antragsbereich J/ **Antrag 4**

*Antragsteller: Bezirk Hessen-Nord*

*Empfänger:*

*SPD-Bundesparteitag*

*SPD-Bundestagsfraktion*

*SPD-Landesparteitag Hessen*

*Überweisung als Material an die SPD-Landtagsfraktion*

## **Verbindliche finanzielle Stärkung der regionalen Sozialplanung im ländlichen Raum**

Wir fordern eine verstärkte und verbindliche finanzielle Unterstützung der Sozialraumorientierung im ländlichen Raum. Gerade in ländlichen Regionen ist eine stärkere Gewichtung der Analyse von sozialen Infrastrukturen wichtig, um adäquat auf die Gestaltung von Lebenswelten eingehen zu können. Dies bezieht sich auf alle im

5 SGB II, VIII und XII angegebenen Leistungen um eine kinder-, jugend-, familienfreundliche und inklusive Lebenswelt zu gestalten. Voraussetzung dafür ist, dass auf der Grundlage einer regionalen Sozialplanung, d.h. verbindliche Datenerhebung der Bevölkerungsstruktur und der sozialen Infrastruktur, gearbeitet wird. Die einzelnen Landkreise sollen hierzu finanzielle Mittel zur Verfügung stellen,

10 um einen regionalen Sozialatlas zu erstellen.

Diese Erstellung soll für alle regionalen Verwaltungsinstanzen verbindlich sein und bedarf finanzieller Unterstützung von Land und Bund.

15 Neue gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen stellen für Kommunen stets neue Herausforderungen dar. Herausforderungen bestanden immer, die Dimensionen und Qualitäten haben sich jedoch stark verändert. Die steigenden Sozialausgaben sind für einzelne Kommunen nicht mehr zu bewältigen. An diesem Punkt darf die Hauptfrage jedoch nicht mehr ausschließlich die Finanzierungsmöglichkeit sein, sondern vielmehr die Erschließung von Ressourcen und neuen Handlungsspielräumen.

20

Durch eine integrierte Sozialplanung in der kommunalen Finanzplanung entstehen neue Möglichkeiten frühzeitig Demografie bedingte und wirtschaftsstrukturelle Entwicklungen zu erkennen und deren Auswirkungen auf die öffentlichen Budgetstrukturen deuten und erkennen zu können. Dabei nimmt die regionale

25 Sozialplanung die Rolle im Spannungsfeld der mittel- und langfristigen Auswirkungen des demografischen Wandels auf das soziale Miteinander, der ökonomischen

Leistungsfähigkeit der Gesellschaft und der sozialen Sicherungssysteme ein.

Antragsbereich J/ **Antrag 9**

*Antragsteller: Unterbezirk Werra-Meißner  
(Bezirk Hessen-Nord)*

*Empfänger: SPD-Landesparteitag Hessen*

*Überweisung als Material an SPD-Landtagsfraktion und SGK*

### **Prämie für Feuerwehrfusionen abschaffen**

Die in der Rahmenvereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit von der Landesregierung festgelegte Prämie für die Fusion von Feuerwehren wird gestrichen. Stattdessen soll das Geld zur Förderung freiwilliger Kooperationsprojekte zwischen Feuerwehren ausgegeben werden.

## **3.7. Innen und Recht**

Antragsbereich K/ **Antrag 1**

*Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord*

*Empfänger:*

*SPD-Bundesparteitag*

*SPD-Bundestagsfraktion*

*Überweisung an den SPD-Landesvorstand*

## **Legalisierung von Marihuana als Genussmittel**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Marihuana wird als Genussmittel nach niederländischem Vorbild legalisiert.

Antragsbereich K/ **Antrag 6**

*Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Land*

*(Bezirk Hessen-Nord)*

*Empfänger:*

*SPD-Bundesparteitag*

*SPD-Bundestagsfraktion*

*SPD-Landesparteitag Hessen*

*Überweisung als Material an SPD-Bundestagsfraktion*

## **Neuregelung der Pensionsansprüche von Bundespräsidenten/Bundespräsidentinnen**

Die hessische SPD unterstützt die Bestrebungen innerhalb der Bundes-SPD zur Neuregelung der Pensionsansprüche von Bundespräsidenten/Bundespräsidentinnen und der damit verbundenen Abschaffung des sogenannten "Ehrensoldes" (Änderung der Beamtenversorgungszuständigkeitsanordnung).

5

Eine Neuregelung sollte beinhalten, dass ein Rücktritt aus persönlichen Gründen nicht

automatisch zum Bezug der Pension sowie Nebenleistungen führt.

Antragsbereich K/ **Antrag 8**

*Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord*

*Empfänger:*

*SPD-Bundesparteitag*

*SPD-Bundestagsfraktion*

*Überweisung an die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen innerhalb der SPD (ASJ)*

## **Anti-Mobbing-Gesetz**

Der Landesparteitag möge beschließen:

- Die hessische SPD wird sich dafür einsetzen, dass Mobbing als eigener Straftatbestand anerkannt und auf Bundesebene ein entsprechendes Gesetz verabschiedet wird.
- 5 Mobbing am Arbeitsplatz, aber auch im Alltag, ist ein zu bedeutendes gesellschaftliches Problem um mit dem Verweis auf bestehende Anlaufstellen dieses Vorhaben zu blockieren.

### **3.8. Parteiorganisation**

Antragsbereich N/ **Antrag 3**

*Antragsteller: Unterbezirk Odenwaldkreis  
(Bezirk Hessen-Süd)*

*Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Süd*

*Empfänger:  
SPD-Landesparteitag Hessen*

*Überweisung als Material an den Landesvorstand*

#### **Die Internationale aufleben lassen!**

##### **Der Parteitag möge beschließen:**

Zum Abschluss von Parteitagen der SPD wird ab sofort, bzw. ab Beschluss, wieder die Internationale mit allen Genossinnen und Genossen gemeinsam gesungen.

Antragsbereich N/ **Antrag 7**

*Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg  
(Bezirk Hessen-Nord)*

*Empfänger:  
SPD-Bundesparteitag  
SPD-Landesparteitag Hessen*

*Überweisung als Material an den SPD-Landesvorstand*

#### **SPD-Intranet**

Transparenz bedeutet auch, dass alle Genossinnen und Genossen die Möglichkeit haben, sich über Vorstandssitzungen und Beschlüsse auf allen Ebenen zu informieren. Dafür soll ein SPD-internes Intranet geschaffen werden, in dem die Mitglieder Einsicht in Beschlussprotokolle und verabschiedeter Anträge bekommen.

Antragsbereich N/ **Antrag 8**

*Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg  
(Bezirk Hessen-Nord)*

*Empfänger:*

*SPD-Bundesparteitag*

*SPD-Landesparteitag Hessen*

*Überweisung als Material an den SPD-Landesvorstand*

## **Mitgliederoffener Jourfix von Parteitag**

Um die Beteiligungsmöglichkeiten möglichst vieler Genossinnen und Genossen zu gewährleisten, soll vor allen Unterbezirks-, Bezirks-, Landes- und Bundesparteitagen ein mitgliederoffener Jourfix, an dem alle SPD-Mitglieder teilnehmen dürfen, stattfinden.

## **4. Landesliste**



1	Thorsten Schäfer-Gümbel
2	Nancy Faeser
3	Günter Rudolph
4	Heike Habermann
5	Corrado Di Benedetto
6	Andrea Ypsilanti
7	Lothar Quanz
8	Brigitte Hofmeyer
9	Norbert Schmitt
10	Gernot Grumbach
11	Michael Siebel
12	Heike Hofmann
13	Ernst-Ewald Roth
14	Sabine Waschke
15	Heinz Lotz
16	Lisa Gnagl
17	Uwe Frankenberger
18	Karin Hartmann
19	Marius Weiß
20	Gerhard Merz
21	Dr. Thomas Spies
22	Elke Barth
23	Tobias Eckert
24	Daniela Neuschäfer
25	Turgut Yüksel
26	Ulrike Alex
27	Christoph Degen

28	Regine Müller
29	Gerald Kummer
30	Stephan Grüger

31	Torsten Warnecke
32	Kerstin Geis
33	Rüdiger Holschuh
34	Angelika Löber
35	Swen Bastian
36	Cirsten Kunz
37	Pascal Barthel
38	Andrea Kracht-Koob
39	Dr. Matthias Görlach
40	Serpil Sarikaya
41	Dieter Franz
42	Ulrike Schmidbauer
43	Michael David
44	Daniela Beck
45	Wolfgang Decker
46	Ursula Busch
47	Murat Polat
48	Elisa Scaramuzza
49	Timon Gremmels
50	Catrin Geier
51	Oliver Schröbel
52	Corinna Helm
53	Dr. Christoph Weltecke
54	Theda Ockenga
55	Jens Grode
56	Hella Lopez
57	Manfred Gönsch

58	Tanja Hartdegen
59	Georg Einhaus
60	Sylvia Harbig
61	Dr. Rabani Alekuzei
62	Hülya Lehr
63	Hubert Schmitt
64	Kristin Krause

65	Sebastian Maier
66	Isabell Hillesheim
67	Georg Mahr
68	Handan Özgüven
69	Peter Rompf
70	Cornelia Gasche
71	Jürgen Gasper
72	Manuela Strube
73	Ralf Kunert
74	Anke Bergmann
75	Jochen Schmitt
76	Andrea Pfäfflin
77	Herbert Dobner
78	Elena Tritschler
79	Ralf Heider
80	Marie-Luise Rau-Stoll
81	Rainer Bicknase
82	Sonja Haese
83	Matti Merker
84	Dr. Ilja-Kristin Seewald
85	Siegfried Richter
86	Petra Emde
87	Tobias Jost
88	Kristina Luxen
89	Olaf Schüssler
90	Caroline Bender
91	Frank Speth

92	Sabrina Klingenberg
93	Stefan Umbach
94	Ute Schwarzenberger
95	Harald Berg
96	Helga Tomaschky-Fritz
97	Alexander Feiertag
98	Sina Best

99	Dennis Volk-Borowski
100	Brigitte Staß
101	Andreas Schaake
102	Rebecca Schmidt
103	Mike Gerhold
104	Marion Küttemeyer
105	Axel Petri
106	Sigrid Kargl
107	Marc Petzoldt
108	Süreyya Karatiken
109	Umut Sönmez
110	Petra Fuhrmann

## 5. Europaliste

Vorschläge der SPD Hessen für die Europawahlliste

<b>Platz</b>	<b>Bewerber/in</b>	<b>Ersatzbewerber/in</b>
1	Dr. Udo Bullmann	Matthias Körner
2	Martina Werner	Karina Fissmann
3	Sylvia Kunze	Hildegard Klär

4	Santi Umberti	Bernd Pfau
5	Karina Fissmann	Thilo Kootz
6	Matthias Körner	Markus Adamek
7	Thilo Kootz	Enrico Schäfer

Weitere Vorschläge:

8. Markus Adamek
9. Enrico Schäfer
10. Bernd Pfau
11. Hildegard Klär



